

# **Kommunalpolitische Arbeitstagung**

**12. April 2008**

## **Arbeitsmaterial**

### **Inhalt**

Ablauf der Tagung	2
Kommunalpolitische Leitlinien der Linkspartei.PDS	3
Bilanz der Fraktion der Linkspartei.PDS in der BVV Neukölln 2001-2006	22
Wahlprogramm der Linkspartei.PDS	34
Zählgemeinschaftsvereinbarung	46

***Marlis Fuhrmann, Thomas Licher, Christian Posselt***

## **Tagungsablauf**

10.00-10.15	Begrüßung und Einleitung
10.15-11.15	Plenum: Kommunalpolitik in Neukölln
11.15-11.30	Pause
11.30-13.00	Arbeitsgruppen (A1-A4)
13.00-13.15	Pause
13.15-14.15	Zwischenplenum (Auswertung der Arbeitsgruppen)
14.15-15.00	Mittagspause
15.00-16.30	Arbeitsgruppen (B5-B8)
16.30-16.45	Pause
16.45-18.00	Abschlussplenum (Auswertung der Arbeitsgruppen und Ausblick)
danach	gemütliches Beisammensein, Tempelhof-Party

## **Arbeitsgruppen**

### **A1 Stadtentwicklung**

Themen: Karl-Marx-Straße, Hermannplatz, Richardplatz, Stadtbild

### **A2 Bildung/Schule/Kultur**

Themen: Kulturlandschaft, Bildungseinrichtungen, Gemeinschaftsschule, Ganztagschule, Schulstationen

### **A3 Migration/Integration**

Themen: Integrationsprojekte, Migrantenvereine, rechtsextremismus

### **A4 Soziales/Gesundheit**

Themen: Arbeitslosigkeit/Hartz IV, Vivantes, Ärztemangel, Gesundheitszustand

### **B5 Verkehr/Tiefbau**

Themen: Flughafen Tempelhof, Autobahnausbau, StrABG, Fahrrad/Auto/ÖPNV

### **B6 Wirtschaft/Arbeit**

Themen: Öffentlicher Dienst, ÖBS, Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftsförderung, Einzelhandel

### **B7 Kinder/Jugend/Sport**

Themen: Kitas, Jugendgewalt, Sportangebote

### **B8 Wohnen/Miete**

Themen: Quartiersmanagement, Nachbarschaft, Gentrifizierung, Wohnungsgesellschaften

## Eine starke Bürgergesellschaft in starken Kommunen

### Kommunalpolitische Leitlinien der Linkspartei

Von Anfang an hat die PDS bzw. die Linkspartei der Gestaltung des politischen, sozialen, soziokulturellen Lebens in den Kommunen zentrale Bedeutung zugemessen. In besonderer Weise hat sie sich über ihre an demokratischen und sozialen Maßstäben orientierte Kommunalpolitik als Partei des Alltags profilieren und in den Kommunen viel erreichen können. Vollerorts waren und sind Mitglieder der Partei in Bürgerinitiativen, Vereinen und Verbänden aktiv daran beteiligt, sich für die gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Menschen in den Kommunen und ihre Selbstbestimmung einzusetzen. Vor allem dieses ständige und erfolgreiche gesellschaftliche Engagement hat zu einer hohen Präsenz in den kommunalen Vertretungsorganen in den neuen und zunehmend auch in den alten Bundesländern geführt. Nach den Bundestagswahlen 2005 liegen in der Entwicklung der Kommunalpolitik – insbesondere in den alten Bundesländern – große Chancen für eine linke Partei.

1996 – auf dem Magdeburger Parteitag – gab sich die PDS ihr erstes kommunalpolitisches Programm. Es hat entscheidend dazu beigetragen, unsere Kommunalpolitik zu profilieren und unsere eigene Handschrift zu entwickeln. Dennoch gibt es gewichtige Gründe, unsere kommunalpolitischen Grundsätze fortzuentwickeln – in Kontinuität zum kommunalpolitischen Beschluss des Magdeburger Parteitages, aber auch, indem wir Neues und Diskontinuitäten in Rechnung stellen.

**Erstens** haben sich die gesellschaftlichen Bedingungen und Erfordernisse zum Teil grundlegend verändert. Nachhaltiges lokales Handeln setzt immer mehr globales Denken in der Kommunalpolitik voraus. Immer stärker schlagen Entwicklungen in der Europäischen Union auf die kommunale Ebene durch. Grundlegende Umbrüche in der gesellschaftlichen Produktion und in der Arbeitswelt verändern die bisherige Rolle der Kommunen als große Arbeitgeber. Die sinkende Geburtenentwicklung, die steigende Lebenserwartung, die regionalen Binnenwanderungsprozesse sowie die Migrationsprozesse mit ihren demografischen Folgen führen zu weit reichenden Konsequenzen für die Gestaltung der kommunalen Daseinsvorsorge und Infrastruktur. All diesen Entwicklungen muss sich sozialistische Kommunalpolitik stellen. Sie muss deren Chancen klug zu nutzen und deren Gefahren nachhaltig vorzubauen bzw. zu minimieren versuchen. Das verlangt ein permanentes Nachdenken über neue gestaltungspolitische Möglichkeiten in der Kommunalpolitik, mitunter auch den Abschied von Bewährtem und Vertrautem sowie die Erschließung eigener Reserven.

**Zweitens** hat sich die Lage der Kommunen seit Mitte der neunziger Jahre dramatisch verschlechtert. Die Schere zwischen ihren wachsenden Aufgaben und ihren permanent eingeschränkten Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten wird immer größer. Die Kommunen sind von allen grundlegenden gesellschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer, Bundes- und Landesebene faktisch ausgeschlossen, und die Finanzausstattung der Kommunen hat – gemessen an den wachsenden Aufgaben – immer mehr abgenommen. Der Grundsatz kommunaler Selbstverwaltung und seine Umsetzung im realen Leben fallen immer weiter auseinander. Dazu trägt auch das neoliberale Wettbewerbskonzept der Europäischen Union bei, in dem die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge einem verzerrten Wettbewerb und Kostendumping ausgesetzt werden. Deshalb muss unsere Europa-, Bundes- und Landespolitik zuerst und mehr denn je auf eine grundlegende Umkehr dieser für die Kommunen und die Menschen unhaltbaren Situation zielen.

Für uns sind die Kommunen nicht primär Verwaltungsebenen, sondern in unserem politischen System einzigartige Lebens- und Selbstentfaltungsräume für die Einwohnerinnen und

Einwohner. Deshalb kann der entscheidende Maßstab für unsere Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung nur sein, dass und wie auf der kommunalen Ebene entsprechende politische, wirtschaftliche, soziale, juristische und finanzielle Freiheiten für die zivilgesellschaftliche Selbstentwicklung und Selbstverantwortung gewährleistet werden. Dass und wie die Einwohnerinnen und Einwohner politische Entscheidungen selbst treffen bzw. eng in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen sind, dass und wie die Verwaltungen zu wirklichen Dienstleistungsverwaltungen für die Einwohnerinnen und Einwohner werden.

Die kommunalpolitischen Antworten auf die tausenden täglich zu bewältigenden Alltagsfragen müssen immer auf die jeweiligen Bedingungen vor Ort zugeschnitten sein und alle konkreten Umstände berücksichtigen. Aber in jedem konkreten Schritt unserer sozialistischen Kommunalpolitik müssen zwei übergreifende Grundsätze Profil bestimmend erkennbar sein:

- Sozialistische Kommunalpolitik strebt nicht schlechthin „das Beste für die Menschen“ an, sondern sie ist emanzipatorisch darauf gerichtet, jede Entscheidung partnerschaftlich mit der Gesellschaft zu treffen und umzusetzen bzw. die Entscheidungen direkt der Gesellschaft zu übertragen. Insofern orientiert sich unsere Kommunalpolitik konsequent am Leitbild der Bürgergesellschaft und Bürgerkommune.
- Jede kommunalpolitische Entscheidung muss dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit Stand halten, also vor allem, ob und wie für die Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und ein Standard an sozialer Sicherheit gegeben sind.

Beide Grundsätze in jeder Entscheidung zu verankern, verlangt die kritische Überprüfung unserer eigenen bisherigen Politikansätze und Arbeitsweisen sowie eine nachhaltige Selbstveränderung bei allen Akteurinnen und Akteuren.

Unsere Kommunalpolitischen Leitlinien zielen darauf, dass dies zum entscheidenden Kriterium für unser kommunalpolitisches Handeln in allen seinen tagtäglich konkreten Facetten wird. Sie sind auch eine Verpflichtung gegenüber der Öffentlichkeit, denn an diesen Kriterien wollen wir unsere Kommunalpolitik messen lassen.

## **Global denken – lokal handeln**

Mehr als jemals zuvor ist Kommunalpolitik mit den globalen Entwicklungen verbunden und sind lokale Entscheidungen mit globalen Prozessen verflochten. Die Linkspartei orientiert in diesem Zusammenhang alle Felder ihrer Kommunalpolitik übergreifend vor allem an folgenden Eckpunkten:

- Politik vor Ort muss konsequent am Agenda-21-Prozess in seiner Einheit von ökologischen, ökonomischen, sozialen und basisdemokratischen Ansprüchen ausgerichtet werden. Vorrangig setzt sich die Linkspartei für erneuerbare Energien, für einen Ressourcen sparenden Rohstoffeinsatz, für ökologisch sinnvolle Verkehrskonzepte sowie für regionale Wirtschaftskreisläufe ein.
- Auch in der Kommunalpolitik soll ein wirkungsvoller Beitrag zur Friedens- und Abrüstungspolitik erbracht werden. Wir fördern die Mitarbeit in den weltweiten Bündnissen „Städte für den Frieden“ (Cities for Peace) sowie „Bürgermeister für den Frieden“ (Mayors for Peace), streben weitere Mitgliedschaften an und unterstützen diese und weitere Aktionen im Kampf um den Frieden, gegen Kriege, für die sofortige Einstellung aller Entwicklungsprogramme für Nuklearwaffen und einen sofortigen Teststopp.
- Militärische Standorte, Waffenlager und Übungsgelände bergen hohe Gefährdungspotenziale für politische Konfliktlösungen, soziales Zusammenleben sowie für Natur und Umwelt in sich. Deshalb verlangen wir die schrittweise Aufhebung von Bundeswehr- und NATO-Standorten, verbunden mit einer aktiven Konversions- und Strukturpolitik. Die

Linkspartei fordert, dass die eingesparten Finanzen aus dem Wehretat zur Förderung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden.

- Standortkonkurrenzen produzieren immer Gewinner und Verlierer unter den Kommunen. Die Linkspartei ist grundsätzlich dagegen, dass wirtschaftliche und soziale Sicherheit in der einen Kommune durch Wirtschafts- und Sozialabbau in der anderen erkaufte wird. Deshalb ist es für die Linkspartei von hohem Stellenwert, alle Wege zu erschließen, um diese Konkurrenzen und Dominanzen abzubauen und durch Kooperation zu ersetzen. Das gilt im besonderen Maße für die Metropolen. Sie befinden sich einerseits immer mehr in einer weltweiten Standortkonkurrenz. Andererseits dominieren sie in hohem Maße ihr regionales Umfeld. Deshalb sind hier neue Wege der Kooperation von besonderer Wichtigkeit.
- Immer öfter drängt im Rahmen des globalisierten Wettbewerbs anonymes Kapital auch in die Kommunen vor. Dabei bleibt die traditionelle örtliche Wirtschaft mit ihrem kommunalen Engagement häufig auf der Strecke. Deshalb wird es zu einer entscheidenden Aufgabe, kommunale und regionale Identifikationsorte und Handlungsfelder zu verteidigen bzw. zu schaffen.
- Kommunale Anstrengungen für eine humane Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik, für fairen Handel mit der „Dritten Welt“, für gerechte Beziehungen zwischen den Staaten, aber auch für entsprechende kommunale Partnerschaften müssen eine feste Größe werden. Dazu gehört, dass kommunale Ausländerbehörden alle Handlungsspielräume zugunsten der Betroffenen ausschöpfen. Die Linkspartei setzt sich für die Auflösung von Gemeinschaftsunterkünften und für die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein. Weil nur die Integration in das gesellschaftliche Leben der Kommune Flüchtlinge vor Übergriffen durch Rechtsradikale und vor staatlicher Abschiebung schützen kann, unterstützt die Linkspartei die Arbeit von Nachbarschaftsinitiativen und lokalen Asyl-Freundeskreisen. In vielen Kommunen beteiligt sie sich immer wieder an der Durchführung von Kirchenasyl. Die Linkspartei ergreift alle notwendigen Initiativen, die Kompetenzen des Migrationsbeirates als politische Interessenvertretung der Migrantinnen/Migranten und Flüchtlinge in der Kommune zu erweitern. In ihnen sollten auch Migrantinnen und Migranten vertreten sein, um die Beteiligungsrechte dieser Menschen an den Entscheidungsprozessen in Bezug auf Integration verbessern zu können. Im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten setzt sich die Linkspartei dafür ein, die Einbürgerungsverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen sowie in Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinie der EU öffentliche Beschwerdestellen gegen Diskriminierung einzurichten.
- Für die Linkspartei sind Antifaschismus und Antirassismus kommunalpolitische Grundwerte. Sie setzt sich dafür ein, durch Gedenkstätten, Informationstafeln und Straßenbenennungen des antifaschistischen Widerstands sowie der Opfer des Faschismus zu gedenken, einen breiten antifaschistischen Dialog zu führen bzw. zu fördern und Antifaschismus fest im kommunalen Leben und in der Alltagskultur zu verankern. Die Linkspartei unterstützt lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Auch in Zeiten knapper Kassen sollen Projekte der Integration, Anti-Rechts-Bündnisse sowie Solidaritätsinitiativen und -aktionen gefördert werden.

- I. -

## **Zwei Hauptsäulen unseres kommunalpolitischen Gestaltungsanspruches**

### **Erstens:**

#### **Gesellschaftliche Emanzipation stärken – lokale Demokratie breit ausbauen**

Für die Linkspartei ist es die Kernfrage in einer tatsächlichen Bürgerkommune, dass direkte Demokratie, Partizipation und Transparenz der repräsentativen Demokratie eng miteinander gekoppelt und gemeinsam weiterentwickelt werden. Mit den neuen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten entstehen weit reichende neue Grundlagen und Voraussetzungen für die sachkundige Mitberatung und Mitentscheidung öffentlicher Angelegenheiten. Informationen über die eigenen Rechte sowie über die Möglichkeiten ihrer Realisierung werden im-

mer mehr allgemein zugänglich. Dafür aber bedarf es eines entsprechenden politischen Willens, die neuen Informationsmöglichkeiten auch breit und ungehindert zugänglich zu machen. Deshalb fordert die Linkspartei in allen Ländern entsprechende Informationsfreiheitsgesetze.

Mit den neuen Möglichkeiten vergesellschafteter Informationen entfällt der Selbstanspruch von Politik und Verwaltung, aufgrund eines bei ihnen monopolisierten Herrschaftswissens den Einwohnerinnen und Einwohnern, den Bürgerinitiativen und Bewegungen etwas „zu gewähren“, sondern die Zivilgesellschaft kann beanspruchen, dass Politik und Verwaltung ihr gewährleistet, was ihr zusteht. Das stellt einen gewaltigen Umbruch im Selbstverständnis von Politik und Verwaltung dar, auch für das kommunalpolitische Wirken der Linkspartei.

Auch wenn jeder noch so kleine Schritt zu mehr Transparenz und Beteiligung wichtig ist, wendet sich die Linkspartei mit ihrem Verständnis von einer Bürgerkommune gegen die durchaus vorhandene Tendenz, auf diese Weise einen Rückzug des Staates und auch der Kommunalpolitik aus der sozialen Verantwortung zu legitimieren. Im Gegenteil: Unsere Zielvorstellung von einer Bürgerkommune nimmt Staat und Kommunalpolitik nicht aus der Verantwortung, sondern wir wollen die Politik in eine viel weit reichendere Verantwortung gegenüber der Gesellschaft stellen.

Dabei setzen wir vor allem folgende Schwerpunkte:

### **1. Direkte Demokratie ausbauen und deutlich erleichtern**

Die Linkspartei will, dass die direkte Demokratie so leicht wie möglich wird. Das bedeutet für uns vor allem:

- eine Absenkung des aktiven und passiven Wahlalters auf 16 Jahre;
- das kommunale Wahlrecht auch für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten, die ihren ständigen Wohnsitz in der Bundesrepublik haben;
- Teilnahme von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten an Bürgeranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden;
- den Verzicht auf Ausschlusskataloge für die direkte Demokratie, sondern Plebiszite zu allen Fragen, zu denen die kommunalen Vertretungen Entscheidungen treffen können;
- moderate Beteiligungsquoten von maximal 10 Prozent und deren deutliche Absenkung, je mehr Einwohnerinnen und Einwohner in der jeweiligen Kommune leben, sowie Entscheidungen auf Grund einfacher Mehrheiten;
- einfache und kostengünstige Verfahren für kommunale Bürgerbegehren und Bürgerentscheide;
- barrierefreie Nutzung von elektronischen Kommunikationsmöglichkeiten für Wahlen, Bürgerentscheide und -mitsprache.

### **2. Partizipation im Alltag durchsetzen**

Die Linkspartei tritt dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme der Bevölkerung geöffnet werden. Wir wollen, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen. Aber darüber hinaus bedarf es bestimmter Bedingungen zur Förderung von Partizipation:

- eine gleichberechtigte, partnerschaftliche Kommunikation zwischen Politik, Verwaltung und Einwohnerschaft;
- eine gesetzliche Pflicht, dass mittel- und langfristige Planungen im Vorfeld mit der Öffentlichkeit entwickelt, beraten und entschieden werden müssen;
- ein deutlicher Ausbau der elektronischen Informations- und Kommunikationssysteme (eGovernment), um die Teilnahme der Öffentlichkeit an der Vorbereitung und Entscheidung öffentlicher Angelegenheiten zu befördern;
- in möglichst vielen öffentlichen Einrichtungen die Schaffung zusätzlicher elektronischer Möglichkeiten, um auch sozial benachteiligten Gruppen der Gesellschaft eine solche Teilhabe zu ermöglichen;

- eine neue Qualität von Transparenz und Sicherstellung eines allgemeinen Informationszugangs für die Bevölkerung, Stärkung des Petitionsrechts;
- transparente Vergabepraktiken bei öffentlichen Aufträgen sowie ein konsequenter Kampf gegen Verschleierung und Korruption, wobei wir insbesondere für Korruptionsregister eintreten, damit jene Unternehmen, die der Korruption überführt sind, für Jahre von der öffentlichen Auftragsvergabe ausgeschlossen sind.

### **3. Den Grundsatz des Gender Mainstreaming konsequent beachten**

Öffentliche Leistungen werden geschlechterspezifisch differenziert in Anspruch genommen, und auch die Anforderungen an die kommunalen Angebote unterscheiden sich häufig zwischen den Geschlechtern. Das hat weitgehende Konsequenzen für die lokale Demokratie, besonders für Partizipations- und Selbstentscheidungsprozesse. Die Linkspartei will deshalb im kommunalen Leben fest etablieren:

- zielgruppenspezifische Workshops zu allen in Frage kommenden Bereichen der soziokulturellen und infrastrukturellen Planung sowie insbesondere der Stadt- bzw. Dorfontwicklung;
- bestimmte Partizipations- und Entscheidungsprozesse, in denen ausschließlich Frauen über frauenspezifische Fragestellungen verhandeln und entscheiden;
- die besondere Förderung bzw. den vorrangigen Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten;
- geschlechterquotierte Gremien für Bürgerbeteiligung.

### **4. Kommunale Bürgerhaushalte befördern**

Die Linkspartei befördert die Einführung von Bürgerhaushalten, weil so der Kernbereich kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse – die Haushaltspolitik – für die gesellschaftliche Teilhabe erschlossen wird. Dabei legt die Linkspartei besondere Schwerpunkte darauf, dass

- in allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen und der haushalts- sowie gestaltungspolitischen Prioritätensetzung gesichert ist;
- eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt;
- die kommunalpolitisch Verantwortlichen möglichst viele Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen;
- sich die Kommunalvertretungen selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger zu folgen;
- alle Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung geschaffen werden, wobei in den Großstädten auch die Stadtteil- bzw. die Stadtbezirksebene berücksichtigt werden muss;
- sich die jeweils konkreten Verlaufsformen allmählich und auf der Grundlage von Erfahrungen herausbilden können und nicht bereits zu Beginn durch restriktive Formalitäten ersticken.

### **5. Die Arbeitsweise der Kommunalvertretungen demokratisieren**

Die Linkspartei tritt für unbedingte Transparenz und eine nachhaltige Demokratisierung in der Arbeitsweise von Kommunalvertretungen ein. Nur so wird es auch möglich sein, dass sich die gewählten Vertretungen aus der Abhängigkeit von Verwaltungen lösen können. Das bedeutet – neben dem oben Geforderten – für uns vor allem:

- die bewusste Herbeiführung von Bürgerentscheiden durch die kommunalen Selbstverwaltungsorgane;
- Rede- und Antragsrecht für Bürgerinitiativen bei sie berührenden Themen in den kommunalen Vertretungen;

- die Schaffung und Stärkung von Stadt- und Ortsteilvertretungen, indem sie vor allem über eigene Haushaltsmittel verfügen können;
- Offenlegung zu Mitgliedschaften und Tätigkeiten in Aufsichts- und Beiräten, wobei wir dafür auf Bundes- und Landesebene gesetzliche Regelungen zur Abschaffung von Hürden und Hindernissen einfordern;
- die regelmäßige Durchführung von Beratungen mit der Einwohnerschaft, ergebnisoffene Dialoge sowie moderne und international bereits übliche Beteiligungsformen wie Runde Tische, Zukunftswerkstätten, Gemeinwesenarbeit, Bürgergutachten usw.;
- die Schaffung förderlicher Bedingungen für gesellschaftliche Selbstorganisation und Selbstverantwortung.

## **6. Bürgerschaftliches Engagement umfassend fördern**

Bürgerschaftliches Engagement ist in erster Linie eine Bereicherung unseres Lebens um viele Facetten und Qualitäten, die von jemand anders als von der Gesellschaft gar nicht erbracht werden können. Es ist nicht Ersatz für Leistungen, die die Kommunen nicht mehr erbringen können oder/und wollen. Bürgerschaftliches Engagement benötigt eine entsprechende materielle, finanzielle und soziale kommunale Infrastruktur. Die Linkspartei tritt für eine umfassende Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor allem deshalb ein, weil sich darin im Besonderen Willen und Fähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner widerspiegeln, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, bürgerschaftliches Engagement

- von den jetzigen rechtlichen, bürokratischen und finanziellen Hürden zu befreien und ausreichende rechtliche, finanzielle und versicherungstechnische Rahmenbedingungen zu schaffen;
- über Partnerschaften zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Institutionen und Vereinen zu fördern und für alle gesellschaftlichen Bereiche zugänglich zu machen;
- mit Entscheidungskompetenzen, Finanzen und Infrastruktur auszurüsten;
- zu stärken, indem die Akzeptanz bei Politik und Verwaltung spürbar erhöht wird, was insbesondere auf Bürgerinitiativen sowie auf das Engagement einzelner Einwohnerinnen und Einwohner zutreffen muss;
- über eine sachgerechte und wirksame Anerkennungskultur zu unterstützen.

## **7. Verwaltungen modernisieren**

Die Linkspartei tritt dafür ein, dass sich die Verwaltung zu einer Dienstleistungsverwaltung für die Einwohnerinnen und Einwohner entwickelt. Deshalb wollen wir

- eine ständige Überprüfung und Anpassung des Aufgabenkatalogs der Verwaltung entsprechend den sich veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen;
- die Gewährleistung einer öffentlichen Kontrolle und die Schaffung von Möglichkeiten der Einflussnahme auf Verwaltungshandeln durch Bürgerinnen und Bürger;
- ein transparentes, also für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbares Verwaltungshandeln, was die Gewährleistung von Informations- und Akteneinsichtsrechten einschließt;
- eine radikale Vereinfachung und Ausrichtung der Verwaltungsabläufe an den Bedürfnissen der Einwohnerinnen und Einwohner;
- einen deutlichen Ausbau der Effektivität der Bürgerdienste, eine verstärkte Einrichtung von zentralen Anlaufstellen (front office), immer breitere Möglichkeiten zum Behörden-gang per Internet;
- eine Verwaltungskultur, in der Vorschläge, Anregungen und Ideen aus der Öffentlichkeit als willkommene Handlungsimpulse und nicht als Störfaktoren wahrgenommen werden.

## **8. Regelmäßige lokale Demokratiebilanzen**

Die Linkspartei tritt dafür ein, lokale Demokratiebilanzen zu erstellen. Dabei sollen die Partizipations- und Entscheidungsprozesse auf ihre basisdemokratische Qualität geprüft, angekündigte Maßnahmen auf ihre Einhaltung kontrolliert, eingeleitete Schritte auf ihre demokratische Effektivität hin evaluiert und Schlussfolgerungen für den weiteren Ausbau der lokalen Demokratie gezogen werden. Das fördert den Zwang, demokratische Selbstverpflichtungen auch einzuhalten sowie einen ständigen Dialog von Politik, Verwaltung sowie Einwohnerinnen und Einwohnern darüber, ob und wie man gemeinsam dem Leitbild einer Bürgerkommune näher gekommen ist, zu führen.

#### **Zweitens:**

#### **Kommunale Daseinsvorsorge auch unter neuen Entwicklungsbedingungen gewährleisten**

Damit die Einwohnerinnen und Einwohner tatsächlich an den Entscheidungsprozessen teilnehmen können, bedarf es neben unbehinderten Teilhabe- bzw. Entscheidungsmöglichkeiten vor allem verwirklichter sozialer Grundrechte und der Sicherung eines bedarfsgerechten Niveaus der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Linkspartei engagiert sich entschieden dafür, dass niemand von der Inanspruchnahme politischer Grundrechte und Einflussnahme aus sozialen Gründen ausgeschlossen ist. Zugleich wollen wir, dass sich die demokratische Einflussnahme der Bevölkerung auf existenzielle Grundfragen kommunaler Lebensqualität beziehen kann. Insofern bilden für die Linkspartei die Stärkung der lokalen Demokratie und die Gewährleistung einer kommunalen Daseinsvorsorge in hoher Qualität eine wechselseitige Einheit.

Dabei ist für die Linkspartei der oberste Grundsatz: Kommunale Daseinsvorsorge zur Sicherung der Lebensqualität muss sich an den Bedürfnissen der am meisten Benachteiligten ausrichten. Die Linkspartei setzt sich auf europa-, bundes-, landes- und kommunalpolitischer Ebene dafür ein, dass Kommunen grundsätzlich über alle Angelegenheiten der kommunalen Daseinsvorsorge und der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich entscheiden und die sich daraus ergebenden Aufgaben wahrnehmen können.

Der Aufgabenkatalog der kommunalen Daseinsvorsorge beinhaltet alle Bedürfnisse und Interessen, die in der örtlichen Gemeinschaft wurzeln, weil sie das Zusammenleben in der Kommune sowie deren Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Daseinsvorsorge darf nicht schlechthin unter dem Primat der Marktöffnung, des „freien Wettbewerbs“ und des „Rückzugs des Staates aus der Wirtschaft“ behandelt werden. Vielmehr muss ihre Ausgestaltung primär unter dem Gesichtspunkt ihrer Funktionsfähigkeit erfolgen, demokratisch legitimierte gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen und das öffentliche Interesse zu verwirklichen.

Die Bereitstellung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge begründet sich aus dem Vorrang gesellschaftlicher, öffentlicher Interessen: materielle Gewährleistung der allgemeinen wie der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Grundrechte, Verhinderung sozialer Ausgrenzung, Schutz der Umwelt, Gleichheit der Lebensbedingungen, Gewährleistung des territorialen Zusammenhalts. Die Einwohnerinnen und Einwohner können auf diese Dienste eben nicht verzichten, wenn der Markt sie nicht oder zu für sie unerschwinglichen Bedingungen bereitstellt. Eine flächendeckende Versorgung in guter Qualität ist auch dann sicherzustellen, wenn sie sich für private Unternehmen nicht rechnet. Ein Marktversagen kann sich die Gesellschaft in diesen elementaren Bereichen nicht leisten, sofern sie die universelle, demokratische Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben zum Ziel hat.

### **1. Europäische Rahmenbedingungen verändern**

Im Zuge der EU-Wettbewerbspolitik wurden bzw. werden bisher geschützte und in der Regel von Kommunen bediente Aufgabenbereiche der Daseinsvorsorge für Wettbewerb und private Konkurrenz geöffnet. Bislang kommunale Aufgaben werden ausgelagert. Demzufolge gewinnen strategische Planungs-, Steuerungs-, Koordinierungs- und Kontrollaufgaben in den Kommunen an grundsätzlicher Bedeutung. Die Linkspartei fordert:

- **Die Rücknahme der Liberalisierung bestimmter Sektoren**

Wir treten auf allen politischen Ebenen dafür ein, den GATS-Prozess und weitere EU-Liberalisierungsprojekte zu stoppen. Der globale und europäische Wettbewerb um die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen muss – wenn überhaupt – ein Wettbewerb um die höchste Qualität, um die positivsten Auswirkungen auf sozialen Zusammenhalt, ein hohes Beschäftigungsniveau und erforderliche Umweltstandards sowie um ein günstiges Kosten-Leistungs-Verhältnis sein. Die Linkspartei kämpft gegen den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Europäischen Dienstleistungsrichtlinie. Das darin enthaltene Herkunftslandprinzip darf nicht die Qualitäts-, Arbeits-, Sozial-, Verbraucherschutz- und Umweltstandards der Mitgliedstaaten aushebeln. Wichtige Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge – vor allem soziale Dienstleistungen, Bildung, Erziehung, Kultur, der gemeinnützige Sport und audiovisuelle Dienste – sind nicht in den europaweiten Wettbewerb einzubeziehen.

### **Grundsätze zur Bestimmung und Ausgestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge**

Die europäischen Regelungen für öffentliche kommunale Daseinsvorsorge müssen durch eindeutige Festlegungen zu Mindestanforderungen die Qualität, das Niveau und die materielle Sicherung der Daseinsvorsorgeleistungen bei Erhalt der kommunalen Gestaltungsfreiheit gewährleisten:

- universellen, gleichen Zugang für alle;
- Versorgungssicherheit durch territoriale und soziale Erreichbarkeit bei hoher Servicequalität zu erschwinglichen Preisen und gleichmäßigen qualitativen Bedingungen, unabhängig von der Rentabilität des Versorgungsunternehmens;
- sozialverträgliche Gebühren bevorzugt für Menschen mit Behinderungen und Einkommensschwache;
- vollständige Transparenz der Entgelte und Vertragsbedingungen sowie freie Wahl der Leistung und des Anbieters;
- demokratische Mitwirkung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie der Nutzerinnen und Nutzer der öffentlichen Dienste bei deren Gestaltung und Ergebnisbewertung sowie Transparenz und Kontrolle bei den technischen und finanziellen Ergebnissen;
- Kontrollmechanismen für die kommunalen Vertretungen;
- Anpassungsfähigkeit der Dienste an neue gesellschaftliche Bedürfnisse und technologische Möglichkeiten;
- Sicherung zukunftsbeständiger Entwicklung und eines hohen Niveaus bei Umwelt- und Verbraucherschutz sowie Abbau regionaler Ungleichgewichte;
- Schaffung von unabhängigen Regulierungsinstanzen sowie von Rechtsmitteln und Streit-schlichtungsmechanismen;
- Beibehaltung der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bzw. ihrer regionalen und lokalen Untergliederungen für die Definition und den Zuschnitt der Dienste von allgemeinem Interesse.

Die EU-Transparenzrichtlinie muss überarbeitet werden. Öffentliche und private Unternehmen, die Dienste von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Rahmen öffentlicher Konzessionen erbringen, müssen voll in die Offen- und Rechnungslegungspflichten der Richtlinie einbezogen werden.

Die EU muss sich der geplanten globalen Initiative Frankreichs und Schwedens anschließen und ebenfalls für den EU-Raum eine Konzeption Europäischer Öffentlicher Güter entwickeln. Dieses Konzept soll auch die Frage einschließen, wie öffentliche Güter im öffentlichen Inter-

esse durch Strukturen der öffentlichen Daseinsvorsorge nachhaltig und verteilungsgerecht erhalten und reguliert werden können.

## **2. Strategien der Kommunen für Veränderungen in der kommunalen Daseinsvorsorge**

Globalisierung und europäische Integration führen zu Konflikten mit traditionellen Aufgabenstellungen der kommunalen Daseinsvorsorge. Deshalb müssen die Kommunen die Aufgabenwahrnehmung neu gewichten. Für das kommunalpolitische Handeln der Linkspartei ergeben sich daraus wichtige Prämissen:

- Kommunale Daseinsvorsorge muss sich am Leitbild einer ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltigen Entwicklung orientieren. Eine wichtige Aufgabe der Kommune wird sein, ökologische und soziale Ziele in Ausschreibungen von Leistungen verbindlich zu integrieren und so Gemeinwohlziele als verbindliche Vorgaben zu formulieren.
- Mehr Effizienz und Effektivität durch Demokratisierung öffentlicher Dienste und der kommunalen Daseinsvorsorge, umfassende Technikkontrolle und -bewertung und mehr Bürgernähe sind für uns entscheidende Ziele und Herausforderungen. Öffentliche Dienste und Leistungen der Daseinsvorsorge müssen künftig unter dem gesellschaftlichen Leitbild demokratischer Transparenz, einer möglichst optimalen Kosten-Leistungs-Relation und einer nachhaltigen Entwicklung erneuert und gestaltet werden.
- Ausschreibungen sind ausschließlich und verbindlich am Bedarf zu orientieren, Nutzerinnen und Nutzern müssen Einfluss auf Ausschreibungen, bei der Vergabe und Kontrolle sowohl an öffentliche als auch an private Unternehmen haben. Wir wollen bei den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ein transparentes und wirksames Qualitätsmanagement, an dem Bürgerinnen und Bürger beteiligt sind. Und wir fordern bei kommunalen Unternehmen ebenso wie bei privaten Anbietern Leistungs- und Kostenvergleiche.
- Die Organisationshoheit der Gebietskörperschaften zur Gestaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Organisation und Finanzierung, Möglichkeit der Quersubventionierung von Diensten) ist zu erhalten. Insofern sind sowohl eine allgemeine Ausschreibungspflicht für Leistungen der Daseinsvorsorge als auch die Erzwingung einer Marktöffnung im Bereich der von kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften organisierten Dienstleistungen (z. B. Wasserbetriebe, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, öffentliche Sparkassen, ÖPNV etc.) abzulehnen. Dies schließt das Recht der Gebietskörperschaften ein, auch grenzüberschreitende Infrastrukturen (Abwasserverbünde, regionale Verkehrsverbünde etc.) in eigener Verantwortung zu organisieren. Hierzu müssen die Möglichkeiten der interkommunalen Gemeinschaftsarbeit und der Kooperation erweitert werden.
- Träger der kommunalen Daseinsvorsorge sind nicht nur die Kommunen mit ihren Einrichtungen. Vielmehr erweitert sich der Kreis der Akteure, die Träger der Daseinsvorsorge sein können (Vereine, Verbände, Institutionen usw.). Die Koordination und Vernetzung des Wirkens dieser Akteure im Interesse des Gemeinwohls und zur Sicherung der Daseinsvorsorge sind wesentliche Aufgaben für die Kommunen.

## **3. Kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik als ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge**

Kommunale Gesundheits- und Sozialpolitik als ein Kernbereich öffentlicher Daseinsvorsorge muss sich den neuen Herausforderungen, die sich aus den konkreten Lebenslagen der Bevölkerung ergeben, stellen: der hohen und lang anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, der wachsenden Kinderarmut, den Defiziten in der Migrations- und Integrationspolitik sowie dem demografischen Wandel, der mit einer Änderung der Familien- und Haushaltsstrukturen verbunden ist. Das erfordert nach Auffassung der Linkspartei eine grundsätzliche Neuorientierung kommunaler Sozial- und Gesundheitspolitik:

- Wir brauchen unbedingt die Einführung einer sozialen Grundsicherung, durch die auch eine dauerhafte Entlastung der Kommunen möglich würde.
- Aufgabe kommunaler Gesundheits- und Sozialpolitik ist es, sich bürgernah und auf örtliche Verhältnisse ausgerichtet auf soziale Präventions-, Beratungs- und Unterstützungs-

maßnahmen sowie medizinische Betreuungsangebote zu konzentrieren. Dabei sollte die Nutzung fortgeschrittener Verfahren der Bürgerbeteiligung bei sozialpolitischen Entscheidungen zur Normalität werden.

- Die Spielräume kommunaler Sozialpolitik sind zugunsten Betroffener und ihrer besonderen Lebenslagen auszunutzen. Damit den neuen demografischen und Bedürfnisentwicklungen Rechnung getragen werden kann, setzt sich die Linkspartei überall vor Ort für eine regelmäßige qualifizierte Sozialberichterstattung sowie für eine demokratische, transparente, sozialraumorientierte, die Betroffenen einbeziehende und auf Prävention orientierte Sozialplanung ein. Die kommunale Sozialverwaltung ist bürgerorientiert auszugestalten.
- Bildungseinrichtungen, freie Träger, gemeinnützige Vereine werden künftig als Orte der gesellschaftlichen Öffentlichkeit auch Sozialisations- und Integrationsaufgaben wahrnehmen. Sie werden erweiterte Lern-, Betreuungs- und Förderangebote entwickeln müssen, die sich an den konkreten Lebenssituationen und Problemen orientieren. Das gilt auch für soziokulturelle Angebote, Bibliotheken, Museen, Sport- u.a. Vereine und Theater.
- Eine ortsnahe medizinische Versorgung der Bevölkerung ist zentrales Anliegen kommunaler Gesundheitspolitik. Kommunale Gesundheitsberichterstattung muss regelmäßig, öffentlich und in hoher Qualität erfolgen. Vor allem die öffentlichen Gesundheitsdienste müssen auf eine ausreichende medizinische Grundversorgung der sozial Schwachen ausgerichtet werden und auch hier neue soziale Zuspitzungen – z.B. die steigende Kinderarmut – berücksichtigen.

#### **4. Demografische Entwicklungen und neue Bedürfnisse in Rechnung stellen**

##### **■ Wandlungsprozesse eröffnen Chancen**

Kommunale Daseinsvorsorge muss vor dem Hintergrund gravierender demografischer Wandlungsprozesse sowie sich verändernder Bedürfnisse gesichert werden. Die demografischen Schrumpfungsprozesse bieten Chancen für die Stadt- und Gemeindeentwicklung bei der Behebung infrastruktureller Defizite, auch dem Stadtumbau. Neben die „klassischen“ soziokulturellen und infrastrukturellen Bedürfnisstrukturen werden neue treten: die ökologische Zukunftsbeständigkeit, die politisch-demokratische Teilhabe für die Individuen, reichhaltige Angebote für fachlich-spezifische Selbstentfaltung, breite Möglichkeiten für ein lebenslanges Lernen u.a.m. Die Generationen mit neuen Erfahrungen in Kommunikation, Mobilität, zwischenmenschlicher Kooperation, beruflicher Flexibilität usw. haben neuartige Erwartungen an Niveau und Art kommunaler Dienstleistungen. Ihnen zu entsprechen, ist keine Ermessensfrage, auch kein Privileg der Kommunen, „die es sich leisten können“.

Die Linkspartei tritt deshalb für Folgendes ein:

- Die demografischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen müssen weit über den Zeithorizont politischer Wahlperioden hinaus als Querschnittsaufgabe bei der Entwicklung der Städte und Gemeinden angepackt werden. Die Grundsubstanz der kommunalen Daseinsvorsorge muss jedoch auch dann erhalten werden und für alle zugänglich sein, wenn die spezifischen Nutzergruppen kleiner werden.
- Es müssen alle kommunalen Potenziale erschlossen werden, um durch weit reichende Partizipationsmöglichkeiten sowie eine hohe Kinder- und Familienfreundlichkeit eine Identifikation mit der eigenen Kommune herzustellen.
- Die Infrastruktur- und Dienstleistungsangebote sollen generationenspezifisch, entsprechend den sich verändernden Bedürfnissen, im Sinne des Miteinander der Generationen und der Kulturen sowie nach dem Grundsatz des Gender Mainstreaming angeboten werden. Besonders die geschlechterspezifische Erfassung bei der Nutzung öffentlicher Dienstleistungen sowie deren Ausgestaltung nach den geschlechterspezifischen Bedürfnissen (Gender Mainstreaming) bilden für die Linkspartei eine wesentliche Grundlage,

um sowohl den Anforderungen an eine hohe Lebensqualität als auch dem Erfordernis eines effizienten Umgangs mit den öffentlichen Mitteln zu entsprechen.

- Die Linkspartei betrachtet Integration als Chance für alle Beteiligten. Die viel beschworenen „Parallelgesellschaften“ bilden sich in dem Maße heraus, in dem Migrantinnen und Migranten die Teilhabe am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben erschwert wird. Die Linkspartei unterstützt deshalb stadtteil- bzw. ortsbezogene und allen zugängliche Angebote soziokultureller Infrastruktur und Projekte interkultureller Kommunikation. Spezifische Bedürfnisse von Migrantinnen und Migranten müssen in die Stadtentwicklungsplanung Eingang finden.

### ■ Umbau von Kommunen sozial, nachhaltig und ökologisch verwirklichen

Der demografische Wandel führt zu einer absoluten Abnahme der Bevölkerung in der Mehrzahl der Städte und Kommunen in den nächsten Jahrzehnten. Die technische Infrastruktur ist vor diesem Hintergrund vielfach überdimensioniert und muss den Erfordernissen angepasst werden. Andere infrastrukturelle Konsequenzen aus der demografischen Entwicklung sind noch gar nicht gezogen. Insofern bietet der anstehende Umbau in unseren Städten und Dörfern auch Chancen zur Gestaltung lebenswerter Kommunen. Unser Maßstab ist dabei eine soziale, revitalisierte und barrierefreie Kommune.

Städte und Gemeinden sind dabei jedoch auf die Unterstützung des Bundes und der Länder angewiesen. Die angebotenen Förderinstrumente und -mittel sind dem sich ändernden Bedarf anzupassen und unbedingt auf den bisher völlig vernachlässigten ländlichen Raum zu erweitern. Dabei sollen aber auch die Potenziale kleine und mittelständischer Unternehmen stärker genutzt und in die öffentliche Auftragsvergabe einbezogen werden.

Erforderlich ist ein Paradigmen-Wechsel von der jahrzehntelang auf Wachstum orientierten Entwicklung hin zu einem kontrollierten und sozialen Stadtum- und -rückbau. Kommunalpolitik hat die Aufgabe, diesen Prozess demokratisch, verantwortungsbewusst, sachgerecht und sozial verträglich zu planen, zu entscheiden. Die Linkspartei fordert:

- Erhalt und Schaffung bedarfsgerechter und bezahlbarer Wohnungen für alle Bevölkerungsschichten in einem lebenswerten Wohnumfeld müssen sich an den gegenwärtigen und zukünftigen Bedürfnissen und Erfordernissen sowie den Erfordernissen generationsübergreifenden Zusammenlebens (z.B. zentrumsnahe und altengerechte Wohnungen, sozialräumliche Integration von Zuwanderinnen und Zuwandern, Bürgerbegegnungs-Zentren, Strukturen gegenseitiger Nachbarschaftshilfe, Mehr-Generationen-Häuser) orientieren. Kommunales und genossenschaftliches Wohneigentum schafft dabei einen größeren Gestaltungsspielraum. Ein ausreichender Anteil von kommunalem und genossenschaftlichem Wohneigentum schafft dabei erforderliche Gestaltungsspielräume. Außerdem können für die Kommune bezahlbar, Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindert, die Miet- und Betriebskostenentwicklung gedämpft, die Erneuerung auch bei Stadtumbau und Quartiersmanagement großräumig organisiert werden und finanzielle Beiträge für den städtischen Haushalt geleistet werden. Eine vollständige Privatisierung der kommunalen Wohnungsunternehmen wird daher abgelehnt.
- Erhalt und Entwicklung der Stadtzentren und der städtischen Kerne sollten ein wesentliches Element der Langzeitstrategie der Stadtentwicklung sein. Wir wollen die Wohn- und Lebensqualität in den Stadtteilen durch ihre kinder- und altengerechte Entwicklung und mehr Grün- und Erholungsflächen aufwerten. Weitere Baulandausweisungen im Außenbereich vermehren Leerstand in den Innenstädten, verursachen einen weiteren kostspieligen Ausbau der Infrastrukturnetze und sind für den Stadtumbau kontraproduktiv. Zur Beseitigung bzw. Vermeidung von Brachen sind das Verursacherprinzip bzw. gesicherte Rückbauverpflichtungen anzuwenden.
- Für Abrissflächen sind Nachnutzungs- oder Zwischennutzungs-Konzepte zu entwerfen. Das kann von der Renaturierung freierwerdender Flächen am Stadtrand über die Auflok-

kerung durch Stadtgrün im Innenbereich bis zur Bereitstellung von Mieter- oder Kleingärten reichen.

– II. –

## **Grundvoraussetzungen für kommunale Selbstverwaltung**

### **Erstens:**

#### **Kommunale Selbstverwaltung muss im föderalen System einen neuen Stellenwert bekommen**

Ohne eine deutliche Stärkung der kommunalen Ebene ist die dringend erforderliche Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung unvollständig. Die Vermischung von Bundes-, Landes- und Kommunalkompetenzen hat zu erheblichen Verwerfungen und Problemen geführt. Die aktuellen Probleme des föderalen Systems können nur gelöst werden, wenn sich Reformen auf das Verhältnis zwischen Bund, Länder und Kommunen beziehen.

Im zusammenwachsenden Europa spielen die Regionen eine deutlich größere Rolle. Deshalb ist es falsch, Kompetenzen im Rahmen des Föderalismus ausschließlich zwischen Bund und Ländern aufzuteilen. Die bundesstaatliche Ordnung muss vielmehr „von unten nach oben“ neu geordnet werden. Die Kommunen als eine immer entscheidendere Ebene für Demokratie und Bürgergesellschaft, für Daseinsvorsorge und soziale Gerechtigkeit, für die grenzüberschreitende regionale Kooperation und für die Schaffung ökonomisch, ökologisch und sozial sinnvoller Kreisläufe brauchen eine eigenständige und gewichtige Stellung in diesem System.

Die Linkspartei unterstützt die Entflechtung von Zuständigkeiten sowie die Zusammenführung von Aufgaben- und Finanzverantwortung. Das ist mit der Forderung verbunden, eine vollständige Übertragung und Kompensierung der Mittel zugunsten der aufgabengerechten Finanzausstattung der Länder und ihrer Kommunen zu erreichen. Bei der Regionalisierung von Aufgaben darf das mittelbare Staatsziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nicht missachtet werden.

In diesem Sinne erhebt die Linkspartei folgende Forderungen:

### **1. Keine Durchgriffsbefugnis des Bundes auf die Kommunen**

Durchgriffe des Bundes auf die Kommunen sind zu unterbinden. Nur in Ausnahmefällen, in denen es zwingend geboten ist, soll es dem Bund gestattet sein, die Einrichtung der (kommunalen) Behörden zu regeln. Diese Unterbindung des Durchgriffs des Bundes auf die Kommunen muss auch auf bereits vollzogene Aufgabenübertragungen, z. B. das Grundsicherungsgesetz, erstreckt werden. Grundsätzlich wollen wir, dass alle Gesetzes- und Verordnungsvorbehalte auf Bundes- und Länderebene, die die kommunale Selbstverwaltung tangieren, auf ihre Notwendigkeit überprüft werden.

### **2. Verankerung der kommunalen Beteiligungsrechte im Grundgesetz**

Die verfassungsrechtliche Verankerung von Anhörungsrechten für Kommunen sowie für die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene ist erforderlich. So soll in Gesetzgebungsverfahren des Bundes auch eine angemessene Berücksichtigung der kommunalen Interessen gewährleistet werden. Konstruktive Impulse können gegeben und spätere Vollzugsdefizite in der Verwaltungspraxis oder finanzielle Überforderungen der Kommunen vermieden werden. Wir wollen verbindliche Regelungen für die Entscheidungsorgane auf Bundes- und Länderebene, dass und wie mit den kommunalen Positionen bei entsprechenden Gesetzesprojekten umgegangen werden muss. Beteiligten Kommunen bzw. den kommunalen Spitzenverbänden muss ein Vetorecht zustehen, wenn Regelungen nicht eingehalten und/oder

ohne einsehbare Gründe keine Beachtung gefunden haben. Für solche Fälle sollen auf Bundes- und Länderebene Schiedsstellen eingerichtet werden, in denen seitens der kommunalen Ebene Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltungen, der Kommunalvertretungen, kommunaler Verbände und von der Sache tangierter gesellschaftlicher Gruppen mitwirken.

### **3. Verankerung des Konnexitätsprinzips auf allen Verfassungsebenen**

Verfassungsrechtlich muss zwingend verankert werden, dass diejenige staatliche Ebene, die neue Aufgaben auf die Kommunen übertragen will, auch für deren vollständige Finanzierung gerade stehen muss. Mischfinanzierungen haben sich nicht bewährt. Sie sind verwaltungsaufwändig, verringern die Eigenverantwortung und wirken sparsamer Mittelverwendung entgegen. Bestehende Mischfinanzierungen sind zurückzuführen, neue zu vermeiden. Bereits bereitgestellte Finanzmittel sind entsprechend der neu abgegrenzten Aufgabenzuordnung zu verteilen.

In (Ausnahme-)Fällen des erlaubten Durchgriffs des Bundes auf die Kommunen muss eine direkte Finanzbeziehung zwischen dem Bund und den Kommunen begründet werden, indem zwingend ein striktes Konnexitätsprinzip verankert wird. Danach hat der Bund den Kommunen unmittelbar einen vollen Mehrbelastungsausgleich für die ausnahmsweise den Gemeinden und Gemeindeverbänden übertragenen Aufgaben zu gewährleisten. Die Linkspartei setzt sich dafür ein, dass analoge Festschreibungen zur Konnexität in alle Länderverfassungen Eingang finden.

### **4. Beteiligung der Kommunen in europarechtlichen Abstimmungsverfahren zwischen Bund und Ländern**

Die Kommunen müssen über alle Vorhaben der EU, von denen sie berührt sind, unterrichtet werden. Bundes- und Landesregierungen müssen den kommunalen Spitzenverbänden in EU-Angelegenheiten Gelegenheit zu Stellungnahmen geben. Kommunen sollen direkt Stellungnahmen abgeben können, die maßgeblich zu berücksichtigen sind.

#### **Zweitens:**

#### **Finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen (wieder) herstellen**

Die bestehende strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung im föderalen System muss dauerhaft und nachhaltig überwunden werden. Die Kommunen brauchen Stabilität und Planungssicherheit, aber auch nominal deutlich höhere Einnahmen. Erst dann können die Städte, Gemeinden und Kreise angemessen zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme in der Bundesrepublik beitragen.

### **1. Eckpunkte für eine nachhaltige Reform der Gemeindefinanzierung**

- Die Bemessungsbasis der **Gewerbsteuer** soll durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren derzeit hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden. Die Steuerpflicht soll auf Freiberufler – wie Ärzte, Anwälte, Architekten – ausgedehnt werden. Dieser Personenkreis soll die neue Steuerlast aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Im Gegenzug können die Steuersätze für die Gewerbsteuer gesenkt werden, wovon vor allem kleine und mittelständische Unternehmen sowie Handwerksbetriebe profitieren. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und nachträge bei der Gewerbsteuer zeitlich und der Höhe nach deutlich begrenzt werden. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft
- Die **Grundsteuer** ist unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange zu modernisieren und entsprechend neu auszurichten. Dazu

werden die derzeit in Ost- und Westdeutschland unterschiedlichen, längst veralteten Bewertungsgrundlagen (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst.

- Die Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den **Gemeinschaftssteuern** werden neu geordnet. Der kommunale Anteil soll nicht mehr überwiegend nach der sehr unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Kommunen, sondern ausschließlich nach Einwohnerzahlen verteilt werden. Ziel ist, dass gerade auch die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu wird der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 auf 20 Prozent erhöht, im Gegenzug jedoch die Beteiligung der Kommunen an der Einkommensteuer gestrichen.
- Aus Bundesmitteln sollen **kommunale Investitionspauschalen** für ostdeutsche und finanzschwache westdeutsche Kommunen gezahlt werden, wenn sich gesamtwirtschaftliche Schiefagen ergeben, die die Bundesländer selbst nicht ausgleichen können.
- Der **kommunale Finanzausgleich** in den Ländern soll in angemessener Weise die Aufgaben Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit zwischen den so genannten „Leuchttürmen“ und den benachteiligten Gebieten, Ausgleich ökonomischer und sozialer Strukturprobleme sowie zwischen Stadt und Umland erfüllen.
- **Fördermittelprogramme** müssen durch geeignete Pauschalisierungen und Verantwortungsübertragung auf kommunale und regionale Entscheidungsträger grundlegend vereinfacht werden.

## 2. Nachhaltige Haushaltskonsolidierung

Es muss Aufgabe der Kommunen bleiben, Mittel und Wege zur Wiedergewinnung eines ausgeglichenen Haushaltes selbst zu bestimmen. Die Kommunalaufsicht sollte in diesem Prozess als Kooperationspartner und Berater der Kommune auftreten. Wir sind gegen Haushaltszwangsverwaltung und Sparkommissare.

Die kommunalen Haushalte müssen einer stärkeren öffentlichen Kontrolle unterliegen. Dazu gehören auch die ausgegliederten Haushalte von Eigenbetrieben, Zweckverbänden, privatrechtlich organisierten Gesellschaften und andere Sondervermögen.

Eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung bedeutet für die Linkspartei insbesondere:

- Unter Einbeziehung von Rats- bzw. Kreistagsmitgliedern und Beteiligung der Bürgerschaft sind die Problemlagen zu ermitteln, Alternativen zu diskutieren und Lösungen gemeinsam zu entwickeln.
- Die Konsolidierung sollte als Chance zur Einbeziehung neuer Ideen und Konzepte verstanden werden, so mit der Aufstellung von Bürgerbeteiligungshaushalten.
- Dem Zwang der Rechtsaufsicht sollte durch eigene Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung begegnet werden.
- Die Verwaltung muss ihre Entscheidungen in Bürgernähe und Transparenz erbringen und mit mehr Wirtschaftlichkeit und Effektivität arbeiten. Dazu gehören vordringlich: die Optimierung der Verwaltungsstrukturen und -abläufe sowie die Umstellung der kommunalen Haushalte von der bisherigen Kameralistik auf ein doppisches Haushalts- und Rechnungswesen (mit dem nicht mehr nur die Einnahmen und Ausgaben, sondern alle Erträge und Aufwendungen einschließlich der Abschreibungen für das gesamte Vermögen einer Kommune in den Blick geraten), eGovernment und die Qualifizierung der Beschäftigten.
- Bestehende gesetzgeberische Spielräume und Experimentierklauseln im Kommunalrecht sind zu nutzen.
- Im eigenen Wirkungsbereich unnötig gewordene Regelungen sind abzuschaffen.
- Die dauerhafte Wirksamkeit geplanter Investitionen einschließlich ihrer Folgekosten ist zu hinterfragen. Bei der Festsetzung der Prioritäten sind von der Einwohnerschaft diskutier-

te und gebilligte kommunale Leitbilder bzw. Entwicklungskonzeptionen zugrunde zu legen

### **Drittens:**

### **Wirtschaftliche Betätigung der Kommunen sichern, Beschäftigung und örtliche Wirtschaft fördern**

#### **1. Günstige Bedingungen für kommunale Unternehmen schaffen**

Die Linkspartei sieht in der Kommunalwirtschaft eine tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunale Unternehmen sind und bleiben für die Grundversorgung unbedingt erforderlich. Zur kommunalen Grundversorgung zählen wir soziale Dienstleistungen, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallbeseitigung, Energie, Wohnen und ÖPNV. Diese Bereiche sollten in der Regel in öffentlicher Hand bleiben. Die Verantwortung für diese Bereiche muss durch die öffentliche Hand wahrgenommen werden.

Die Linkspartei will die wirtschaftlichen Rechte der Kommunen erweitern. Wir wollen, dass die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auch auf neuen Geschäftsfeldern und ortsübergreifend möglich wird. Wir plädieren für eine stärkere Kooperation der Stadtwerke. Das so genannte Örtlichkeitsprinzip, das eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen über ihre Ortsgrenzen hinaus verbietet, sollte im Falle der wirtschaftlichen Kooperation aufgehoben werden.

Das Thema der Übertragung kommunaler Unternehmen und Einrichtungen an Dritte kann nicht ignoriert werden. Bei der Frage, ob notwendige Leistungen auf dem Wege der Ausschreibung durch Marktteilnehmer erbracht werden oder durch eigene Betriebe der Kommune, ist entscheidend, dass die kontrollierte Qualität der Leistungen und der Zugang aller Bürgerinnen und Bürger gegeben sind und keine Verschlechterungen bei den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten eintreten. Außerdem müssen Formen der demokratischen Kontrolle der Unternehmensentscheidungen gefunden werden, um die Orientierung am Gemeinwohl nachhaltig zu sichern. Bei neuen Formen partnerschaftlichen Zusammenwirkens mit Unternehmen der Privatwirtschaft (Public Private Partnership – PPP) wird dies in der Regel nur durchsetzbar sein, wenn der kommunale Einfluss gesichert ist.

Dazu müssen die Wirtschaftlichkeit detailliert geprüft und alle maßgeblichen politischen, sozialen, arbeitsmarktpolitischen und ökologischen Folgen abgewogen werden. Dabei sind nicht nur die Einsparungen bei den allgemeinen Betriebskosten, sondern auch die Ausgaben für die weiterhin erforderliche Bereitstellung des Know-how, für die Qualitätssicherung und -kontrolle, für die Produktbewertung und für die allgemeine Vertragseinhaltung – also die so genannten Transferkosten – zu berechnen und erst daraus eine finanzpolitische Entscheidung für oder gegen eine Übertragung zu treffen. Die enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Personalvertretungen, die strikte Anwendung der Rechtslage sowie auch neue Wege – wie z.B. die Zustimmungspflicht bei Beteiligungen und Tochterbildungen durch die Kommunalvertretung – sind dabei von der Linkspartei vertretene Grundprinzipien.

Die Linkspartei tritt dafür ein, dass sich Kommunen die Option offen halten, bereits an Dritte übertragene Betriebe zurückzukaufen, wenn die neuen Träger die kommunale Daseinsvorsorge erheblich behindern bzw. ihre Monopolstellung elementar gegen das Wohl der Gemeinschaft ausnutzen.

Die Linkspartei tritt für einen Vorrang kommunaler Eigenbetriebe ein. Es gibt zudem keinerlei Veranlassung, kommunale Unternehmen ausschließlich in private Rechtsformen zu überführen. Die Linkspartei wirbt vielmehr bei notwendiger Umwandlung kommunalen Eigentums für die Gründung von Genossenschaften, gemeinnützige Gesellschaften (gGmbH), Anstalten öffentlichen Rechts (AöR) oder Stiftungen. Auch neue Eigentumsformen sollten ausprobiert

werden, so das Bürgereigentum (wenn sich z.B. Bürger entschieden haben, über spezielle Beiträge eine zusätzliche Kita oder ein Bürgerbegegnungszentrum zu finanzieren). Mit diesen Formen könnte auch der mit einer Privatisierung mögliche Verlust an kommunaler Demokratie zum Teil kompensiert werden.

## **2. Kommunal verankerte Sparkassen erhalten**

Sparkassen in der Obhut der Kreise bzw. kreisfreien Städte gewährleisten – im Gegensatz zur Geschäftspolitik der Privatbanken – die flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen, die Kreditierung kleiner und mittelständischer Unternehmen und die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Sie ermöglichen das Sponsoring örtlicher Projekte, vor allem im kulturellen, sozialen und im Jugendbereich. Sparkassen sind bislang die einzigen Kreditinstitute, die Schuldnerberatungsstellen unterstützen.

Die Linkspartei setzt sich gegen Bestrebungen der Europäischen Union ein, im Interesse privater Banken die kommunalen Sparkassen zu zerschlagen. Den damit einhergehenden veränderten Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit der Sparkassen (Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast, Verschärfung der europaweiten Kreditbedingungen, wirtschaftliche Situation der Banken) muss und kann durch die Kommunalpolitik entgegen gewirkt werden. Wir wollen die Teilprivatisierung kommunaler Sparkassen verhindern. Als Maßnahmen dafür bieten sich besonders an:

- die Zusammenarbeit und freiwillige Fusion von Sparkassen;
- die Zusammenarbeit mit Genossenschaftsbanken im Interesse des Erhalts eines flächendeckenden Filialnetzes im ländlichen Raum;
- die Kooperation mit den Landesbanken.

## **3. Durch kommunale Beschäftigungs- und Wirtschaftsförderung Arbeit sichern und schaffen**

Vor allem die entwickelten Industriegesellschaften erleben weltweit eine neue Qualität der wissenschaftlich-technischen Revolution, in deren Mittelpunkt der Wandel von der maschinellen zur automatisierten Großproduktion steht. Dieser grundlegende Wandlungsprozess vollzieht sich unter kapitalistischen Bedingungen und in Kombination mit unter reinen Kapitalaspekten betriebenen Rationalisierungsprozessen. So sind die Kommunen – weit mehr als in der Vergangenheit – mit dem sozialen Problem der Langzeitarbeitslosigkeit und all ihren Folgen konfrontiert. Bisherige „Lösungsmodelle“, dass der öffentliche Dienst bzw. öffentliche Unternehmen einen größeren Teil der Arbeitslosigkeit abfangen, sind aus vielfältigen Gründen – z.B. wegen des allgemeinen Produktivkraftwandels, der auch die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltungen und Unternehmen erfasst, wegen der knappen öffentlichen Kassen bzw. wegen des europäischen Wettbewerbs – kaum bzw. nicht mehr anwendbar.

Mit dem Rückgang traditioneller Erwerbsarbeit, den grundlegenden Veränderungen im Arbeitszeitregime sowie den neuen Bedürfnissen der Generationen geht ein großer Bedarf nach hoch qualifizierter und massenhafter Tätigkeit im soziokulturellen und ökologischen Bereich einher. Dessen inhaltliches Spektrum wächst ebenso wie dessen Rolle im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess. Die Linkspartei tritt dafür ein, im soziokulturellen und ökologischen Non-Profit-Bereich einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit dauerhaften, sozial und tariflich gesicherten Arbeitsplätzen zu schaffen, in diesem Sinne eine Umverteilung der öffentlichen Ausgaben vorzunehmen sowie privatwirtschaftliches Engagement für diesen Sektor steuerlich zu begünstigen.

Die Linkspartei unterstützt den Weg, dass sich die Kommunen – auch in kommunaler bzw. grenzüberschreitender regionaler Kooperation – auf ihre Stärken besinnen, neue Entwicklungspotenziale arbeitsteilig erschließen (z.B. Region des Wissens, Region der dynamischen und flexiblen Aus- und Weiterbildung, Standort für neue Technologien, Stadt der bür-

ger- und wirtschaftsnahen Verwaltungen, gemeinsame Erschließung historischer und kultureller Traditionen, Tourismusregion) und so zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Was trotz knapper Kassen weiterhin in der kommunalen Wirtschaftsförderung möglich ist, muss durch die Kommunen zielstrebig und nach dem Prinzip einer sozialen und solidarischen Wirtschaftspolitik betrieben werden:

- **Bestandspflege und Ansiedlungspolitik** mit dem Ziel, Unternehmen in der Gemeinde zu halten bzw. neue zu gewinnen, vor allem durch kleine Lose, „freihändige“ Vergabemöglichkeiten, Neuregelung in Landesvergabegesetzen zur Förderung regionaler Unternehmen, Beseitigung oder Milderung von Innovationshemmnissen in der Liegenschaftspolitik, der Flächenausweisung oder in der Festsetzung von Abgaben und Auflagen, damit diese im europäischen Wettbewerb bestehen können.
- **Kommunale Unterstützung** ist oft auch bei Umstrukturierungen und Betriebsnachfolgen erwünscht. Zugleich fordert die Linkspartei, alle Instrumente einer modernen Verwaltungsreform („Public Management“) einzusetzen, um Ausschreibungen mit klaren Qualitäts- und Kostenzielen und entsprechende kommunalpolitische Kontroll- und Sanktionssysteme zu entwickeln.
- **Bestandsentwicklung**. Ausgehend von der Erfahrung, dass räumliche Nähe Synergieeffekte und innovative Zusammenarbeit befördert, sollten sich Akquisition und Fördermaßnahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung auf Branchen konzentrieren, mit denen die gewachsene Unternehmensstruktur des Ortes ergänzt wird.
- **Existenzgründungsförderung**. Neben Wagniskapital benötigen Existenzgründerinnen und -gründer vor allem Qualifikation, Kontakte und eine dem Unternehmenszweck entsprechende Infrastruktur. Hier können kommunale Gründerzentren hilfreich sein, die jungen Unternehmen preisgünstig Räume, Bürodienstleistungen und weitere Infrastrukturleistungen anbieten sowie durch die Organisation von Gesprächsforen, Wirtschaftstagen und lokalen Messen neue Kontakte vermitteln. Insbesondere sind für Existenzgründerinnen infrastrukturelle Rahmenbedingungen – z.B. Kindereinrichtungen – zu schaffen.
- **Entwicklung regionaler, ökologischer und nachhaltiger Wirtschaftskreisläufe**, in deren Gefolge Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden können. Auf der Grundlage eines Leitbildes der regionalen Entwicklung geht es der Linkspartei dabei vor allem um die Intensivierung der Kauf-Verkauf-Beziehungen bei Produkten und Dienstleistungen zwischen den Wirtschaftssubjekten einer Region, das Knüpfen und Verstetigen der Kooperationsbeziehungen zwischen den regionalen Wirtschaftsunternehmen, den Ausbau der Lieferbeziehungen einschließlich der Transporte zwischen den Wirtschaftsunternehmen sowie das Halten von Kapital in der Region und dessen Einsatz für die Region. Die Linkspartei initiiert und fördert Modellprojekte in Kommunen und Regionen für eine energieautarke Umrüstung.
- **Aufbau von wirtschafts- und technologischen Kompetenzzentren**. Dazu können kommunalpolitische Bündnisse beitragen, die der Vernetzung von regionalen Wirtschaftskreisläufen, der Unterstützung von Unternehmensgründungen, dem Technologietransfer, der kooperativen Ausbildungs- oder Absatzförderung dienen. Als Träger und Akteure solcher Bündnisse sollten Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Gewerkschaften, Wirtschafts- und Technologieunternehmen gewonnen werden.

Es kommt darauf an, die regionale Wirtschaft und ihre Verflechtung zu fördern und zu stabilisieren. Für die kommunale Wirtschaftsförderung heißt das, Mittel zu bündeln und dort einzusetzen, wo die höchsten Effekte zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen erzielt werden können. Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozial- und Regionalpolitik sind eng miteinander zu verzahnen, um vorhandene Potenziale besser zu nutzen.

#### **Viertens: Strukturreformen nur in Verbindung mit Funktionalreformen**

Kommunale Strukturreformen stehen seit den siebziger Jahren in den alten Bundesländern und seit Beginn der neunziger Jahre in den neuen Bundesländern permanent auf der Tagesordnung. Die Linkspartei unterstreicht vor dem Hintergrund der Globalisierung und Europäisierung die Notwendigkeit der kontinuierlichen Entwicklung kommunaler Verwaltungs- und Gebietsreformen. Dabei geht die Linkspartei davon aus, dass mit den gravierenden gesellschaftlichen Umbrüchen zugleich auch der kreisliche und gemeindliche Bereich weiterhin tiefgreifenden Veränderungen in Inhalt und Struktur unterliegt. Insofern ist die Linkspartei gegen jeglichen Strukturkonservatismus und bringt sich aktiv in diesen Prozess ein.

## **1. Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Effizienz als Maßstäbe für kommunale Strukturreformen**

Zur Bewertung aktueller Erfordernisse und notwendiger Inhalte kommunaler Reformen zieht die Linkspartei folgende Fragestellungen als allgemeine Bewertungskriterien heran:

- Sind Strukturreformen mit einer Stärkung der direkten Demokratie und der bürgerschaftlichen Partizipation verbunden?
- Wie werden bei größeren Strukturen mehr Bürgernähe sowie eine höhere Dienstleistungsqualität der Verwaltung erreicht?
- Werden neue Strukturen an der Schaffung funktionierender regionaler Kreisläufe und Kooperationen orientiert, dadurch die kommunale Daseinsvorsorge entsprechend den sich verändernden Bedürfnissen, aber auch der aktuellen sowie europäischen Erfordernisse gesichert und ausgestaltet?
- Führt die Reform zu einer Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung, des Subsidiaritätsgrundsatzes sowie des Konnexitätsprinzips?
- Führt die Reform mittelfristig zur Absenkung der Kosten für die öffentliche Verwaltung bzw. können mit den gleichen finanziellen, materiellen und personellen Ressourcen mehr Dienstleistung, bessere Bedingungen für bürgerschaftliches Engagement gewährleistet werden?
- Führen Strukturreformen zu einer solideren Finanzausstattung der neuen kommunalen Strukturen?

## **2. Zweistufiger Verwaltungsaufbau in den Ländern**

- Die Linkspartei ist grundsätzlich der Auffassung, dass alle Strukturen auf den Prüfstand müssen. Werden Strukturveränderungen im kommunalen Bereich für erforderlich gehalten, so geht es grundsätzlich zugleich um ihre dann notwendige Kompatibilität mit allen anderen politisch administrativen Strukturen – insbesondere der kreislichen.
- Dennoch tritt sie dafür ein, dass regional angelegte kommunale Strukturreformen, so die Regionalkreise als Lösungsansatz zum Stadt-Umlandproblem oder Großkreise, nicht unter dem Gesichtspunkt der derzeit zu kleinteiligen Ländergliederung abgelehnt werden sollen.  
Insbesondere große Landkreise bieten die Gewähr, dass ganze Aufgabenkomplexe und die zur Aufgabenwahrnehmung dafür vormals notwendigen Landesämter auf Ortsebene in die kommunale Hoheit eingegliedert werden können.
- Die Linkspartei strebt den zweistufigen Verwaltungsaufbau an. Noch bestehende Regierungspräsidien oder Landesverwaltungsämter blockieren orts-, bürger- und zeitnahe Entscheidungsprozesse, stehen zudem nur bedingt unter demokratischer Kontrolle und haben sich überlebt.
- Dem Grundverständnis der Linkspartei entspricht es, dass der Bürgerwille bei kommunalen Strukturveränderungen weitgehend berücksichtigt wird. Werden jedoch raumordnerische Erfordernisse oder die Stimmigkeit mit den anderen Strukturen nicht gewährleistet, so hat der Landesgesetzgeber seiner Verantwortung notfalls gegen lokale Interessen durchzusetzen. Dies gilt insbesondere bei der Reform der kreislichen Strukturen, da diese zunehmend über die Landesverwaltungsstrukturen und über die Wahrnehmung von regionalen Interessen entscheiden.

### **3. Neugestaltung der Beziehungen zwischen Bevölkerung, Verwaltung und Kommunalvertretungen**

- Die Strukturreformen auf kommunaler Ebene haben sich künftig nicht ausschließlich und vorrangig auf Effizienzkriterien, sondern auf die Umsetzung der Bürgerkommune zu konzentrieren. Ein rein betriebswirtschaftlicher Ansatz zur Verwaltungsmodernisierung – wie beim Neuen Steuerungsmodell – muss als zukunftsfähiges Modell scheitern, weil er den partizipativen Ansatz der Bürgerkommune außer Acht lässt. Die Diskussionen in der Bundesrepublik und im europäischen Raum machen zudem deutlich, dass eine Dienstrechtsreform überfällig ist. Die Linkspartei setzt sich für ein einheitliches Dienstrecht und für eine leistungsorientierte Vergütung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein.
- Für die Linkspartei steht es außer Frage, dass eine kommunale Politikreform überfällig ist. Das Dreieck Bürgerschaft, Verwaltung und Rat ist in den letzten Jahren immer mehr zu Ungunsten der Bevölkerung und vor allem des Rates verschoben worden. Während die kommunalen Verwaltungen einem kontinuierlichen Reformdruck unterlagen, bleiben die Strukturen und die Arbeitsweise der kommunalen Vertretungen im Wesentlichen unverändert. In der Folge führte das zu einer „Eigenentmachtung“ der Räte, weil es ihnen immer weniger gelang, politische Ziele zu bestimmen und deren Umsetzung durch die Verwaltung konstruktiv zu begleiten. Kommunale Strukturveränderungen und angestrebte Verwaltungsreformen bieten einen günstigen Zeitpunkt, eine neue Qualität im Zusammenwirken zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Rat und Verwaltung anzustreben.

### **4. Interkommunale Kooperation entwickeln**

Die Linkspartei sieht in der interkommunalen Kooperation – also dem arbeitsteiligen Zusammenwirken von Städten, Gemeinden und Kreisen – eine wirksame kommunalpolitische Strategie, um der neoliberalen Markt- und Standortkonkurrenz entgegenwirken zu können.

Wir wollen deshalb alle Möglichkeiten, die die interkommunale Kooperation bietet, ausschöpfen: die Bündelung von Ressourcen zur Erbringung von Leistungen für Einwohnerinnen und Einwohner, die Modernisierung und Angleichung von Verwaltungsprozessen auf dem fortschrittlichsten Niveau, die Schaffung regionaler Wirtschaftskreisläufe sowie die Nutzung aller Potenziale für eine nachhaltige Regionalentwicklung.

# Berlin bewegt.

Bilanz der Arbeit der Fraktion  
der Linkspartei.PDS Neukölln 2001 – 2006

**DIE LINKE. PDS**

## **PRÄAMBEL**

Die LINKE.PDS Neukölln ist seit der Wahl 2001 erstmals in Fraktionsstärke in der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln vertreten.

Auf Grund dieses Wahlergebnisses und der daraus resultierenden Sitzverteilung innerhalb der BVV war es möglich, nach langen Verhandlungen, eine Zählgemeinschaftsvereinbarung mit der SPD und den Grünen abzuschließen.

Gemeinsam haben wir damit eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in Neukölln bewirkt und die CDU als dominierende Kraft im Bezirk abgelöst.

Die Vereinbarung zwischen den Parteien beschränkte sich nicht nur in der Wahl eines SPD-Bürgermeisters, sondern sie umfasste insgesamt 28 Schwerpunktaufgaben, die wir gemeinsam in den fünf Jahren angehen wollten. Diese haben wir kontinuierlich abgearbeitet.

Natürlich heben sich die Unterschiede zwischen den Parteien durch eine solche Zusammenarbeit nicht auf, aber die konkrete sachbezogene Arbeit bei den sozialen Problemen im Bezirk, wird von uns als sehr fruchtbringend und zukunftsweisend eingeschätzt. Gegen den Widerstand der CDU und der FDP haben wir viele Dinge auf den Weg gebracht, die vorher so nicht möglich waren.

Die LINKE.PDS Neukölln ist zu einer wirksamen und nicht mehr zu vernachlässigenden Kraft im Bezirk geworden. Wir stehen den Bewohnern Neuköllns als Ansprechpartner zur Verfügung und diese nehmen unser Angebot mehr und mehr an.

Anregungen und Hinweise nehmen wir ernst und versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten, diesen nachzugehen.

Zielrichtung unserer Arbeit ist es, uns für ein soziales, gerechtes und friedliches Miteinander aller Bewohnerinnen und Bewohner dieses Bezirkes einzusetzen, positive Entwicklungen zu befördern und negative Tendenzen einzudämmen bzw. zu verhindern.

## **SOZIAL UND SOLIDARISCH FÜR EIN SOZIALES UND GERECHTES MITEINANDER**



**DR. SYLVIA STELZ**, *Mitglied im Ausschuss: Ältestenrat, Hauptausschuss, Wirtschaftsausschuss, Sozialausschuss, Geschäftsordnungsausschuss, Sportausschuss, Ausschuss für Natur- und Grünflächen, Sonderausschuss ›Kindl-Gelände‹*

Der Bezirk Neukölln ist ein liebenswerter, aber auch problematischer Bezirk.

Von den rund 300.000 Einwohnern leben gut ein Drittel von Arbeitslosengeld I und II. Es gibt kaum noch Arbeitsplätze und die Industrie bricht weg.

Soziale Probleme treten offen in Erscheinung.

### **UNTERSTÜTZUNG UND ANGEBOTE**

Hauptaugenmerk meiner Aktivitäten lag auf der Begleitung der Menschen, die von den Hartz-Gesetzen betroffen sind, nicht nur bei der Hilfestellung zur Beantragung von Leistungen, zur Unterstützung der Durchsetzung ihrer Rechte sondern auch bei der Bewältigung der Probleme des täglichen Lebens.

Arbeitslosigkeit ist eine der zentralen Ursachen für die Zerstörung des sozialen Zusammenhaltes, für wachsende Armut und sozialer Ausgrenzung. Maßnahmen zur Stärkung des soziokulturellen Bereiches im Bezirk sind hierzu überlebensnotwendig.

Die knappen finanziellen Spielräume müssen richtig genutzt werden, denn es gibt auch Einsparungen, die auf die Dauer teurer werden, weil Armut sich verfestigt, Betroffenen Entwicklungsmöglichkeiten geraubt werden und die sozialen Potenziale einer Gesellschaft austrocknen.

### **MEHR LEISTUNGEN AUCH FÜR WENIGER GELD MÖGLICH**

Sparen heißt nicht automatisch Leistungsabbau. Es müssen im Haushalt politisch Schwerpunkte gesetzt werden. Die vorhandenen finanziellen Mittel müssen ressourcenübergreifend dort eingesetzt werden, wo sie am wirksamsten zur Erreichung der Zielsetzung sind. Ideen, Kreativität und Einbeziehung aller Beteiligten sind hier umso mehr gefragt. Diese Ressourcen kann man nicht in den Haushalt einstellen, aber sie sind für ein solidarisch funktionierendes Gemeinwesen unverzichtbar.

Das bedeutet in diesem Zusammenhang auch, zügige Umsetzung der Demokratie-Gesetze, weitere Erhöhung der Mitsprache der Bürger bei bezirklichen Belangen, auch in Haushaltsfragen.

## **PRÄMISSEN MEINES HANDELNS WAREN UND SIND**

- Es gilt, den knapp bemessenen Haushalt so aufzustellen, dass politische Schwerpunktsetzung möglich ist und diese der Stabilisierung und Weiterentwicklung des Bezirkes dient.
- Es gilt, den Wertausgleich zwischen den Bezirken einzufordern, nach dem Prinzip sozial gerecht und solidarisch. Eine weitere Absenkung der Zuweisungssumme für den bezirklichen Haushalt ist nicht mehr vertretbar.
- Es gilt, direkte Demokratie für die Bürger Neuköllns erlebbar und zum Mitmachen anregend, zu gestalten.
- Es gilt, den Erwerbslosen zur Seite zu stehen, ihr Selbstwertgefühl zu stärken, ihnen Mut zu machen und sie in der Durchsetzung ihrer Rechte aktiv zu unterstützen.
- Es gilt, den öffentlichen Beschäftigungssektor auch in Neukölln zu befördern, denn Arbeit gibt es genug. Sie muss nur bezahlt werden.
- Es gilt, die sozialen Strukturen in den Kiezen zu erhalten und zu befördern, damit die Menschen nicht am Rand stehen, sondern mittendrin.
- Es gilt, die Integration voranzubringen und konsequent die Angebote und Einbringungsmöglichkeiten aller Menschen in Neukölln, gleich welcher nationalen Herkunft, zu erhalten und zu erweitern.
- Es gilt, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung weiter voran zu treiben.
- Es gilt, die Jugend an allen Prozessen zu beteiligen, sie zu fördern und zu fordern, sie in die gesellschaftlichen Abläufe zu integrieren und ihnen eine Chance für ein selbst bestimmtes Leben, ohne Hartz IV, zu ermöglichen.
- Es gilt, den Gewerbetreibenden des Bezirkes Ansprechpartner zu sein und sie in ihrem Handeln zu unterstützen.

## **BLICK IN DIE ZUKUNFT**

Die begonnene systematische Arbeit muss unbedingt weitergeführt werden.

Ich werde meine ganze Kraft darauf konzentrieren, durch Anträge und Anfrage dazu beizutragen, Neukölln ein wenig lebenswerter zu machen, für sozial Schwache einzutreten, Nachteile für Migranten auszuräumen und für Gerechtigkeit in der Verteilung der vorhandenen Gelder kämpfen.

# ÖFFENTLICHE DASEINSFÜRSORGE

## GESUNDHEIT, UMWELT UND WOHNEN IM BEZIRK



**GÜLAYSAN KARAASLAN**, Mitglied im  
Ausschuss:  
*Gesundheit und Umwelt, Jugendhilfeausschuss,  
Bürgerdienste und Wohnen*

Seit dem Herbst 2004 Mitglied der Fraktion, nachdem Björn Sörensen sein Mandat niederlegte. Es war sehr schwer für mich, mich in die Arbeit der Fraktion hineinzufinden, zumal ich durch meine Schwangerschaft zeitweise ausfiel. Ich habe mich bemüht, den Anforderungen gerecht zu werden, litt aber persönlich sehr unter der offen gezeigten Fremdenfeindlichkeit einiger Verordneter. Das heißt aber nicht, dass ich mich davon beirren ließ. Ich lebe in Neukölln und ich lebe gern hier.

Nur wer sich in seinem Wohnumfeld wohl fühlt, lebt gern in seinem Kiez und da steht noch viel Arbeit an. Dazu zählen nicht nur bezahlbare Wohnungen und eine saubere Umwelt, sondern auch der ganze Bereich der Dienstleistungen, sei es der Verwaltung des Bezirkes, der Gesundheitsfürsorge und auch der Fürsorge der Kinder und Jugendlichen gegenüber.

### JUGEND

Die Zählgemeinschaft hat den Bereich Jugend zum Schwerpunkt ihres Handelns erklärt. Kürzungen in diesem Bereich sollten vermieden werden. Die Mittel für die freien Träger im Jugendbereich wurden pro Jahr auf 1,4 Mio DM festgeschrieben, so dass dieser Planungssicherheit für die ganzen 5 Jahre hatte.

Auch wurde festgeschrieben, dass die Kinder- und Jugenderholungsstätte in Kladow nicht verkauft wird. Die Horte der Kitas gingen an die Schulen und 2/3 der Kitas wurden an freie Träger übertragen. Aus dem restlichen Drittel entstand der Eigenbetrieb Südost, den Neukölln mit dem Bezirk Treptow – Köpenick gegründet hat. Dieser Prozess war sehr schwierig, kein Träger sollte sich die ›Rosinen aus dem Kuchen picken können‹, eine Trägervielfalt sollte geschaffen und der Willen der Beschäftigten der Einrichtung und die Interessen der Eltern berücksichtigt werden.

## **GESUNDHEIT**

Die Reform des öffentlichen Gesundheitsdienst stellt den Bezirk vor großen Problemen, zumal der Stadtrat nicht unbedingt die Notwendigkeit dessen einsieht. Es geht hier in erster Linie nicht ausschließlich um Einsparungen, sondern um Steigerung der Effizienz der eingesetzten Gelder. Die Umsetzung steht erst ganz am Anfang und wird uns noch weiter beschäftigen.

Allerdings musste Neukölln die Beratungsstelle für Alkoholranke von der Uthmannstraße in die Gutschiedstraße verlegen, da Mietobjekte aufgegeben wurden. Diese Aktion konnte ich nicht befürworten, weil an dem neuen Standort kein Platz für das von Betroffenen betriebene Café, das als Treffpunkt diente, ist. Ob die Gutschmiedstraße angenommen wird, wird sich zeigen.

Viel Zeit haben wir damit verbracht, den Stadtrat durch Anträge dazu zu bringen, die Pflichtaufgaben des Gesundheitsamtes wieder wahr zu nehmen.

## **BÜRGERDIENSTE UND WOHNEN**

Der Ausbau der Verwaltung, als Dienstleister am Bürger, spiegelt sich am deutlichsten in den öffentlichkeitswirksamen Bereichen, den Bürgerämtern, wider. Kundenfreundliche Öffnungszeiten, Ordnung und Sauberkeit und auch der Umgang mit den Besuchern stand lange auf der Tagesordnung des Ausschusses. Auch die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, d.h. Einsatz von Mitarbeitern nichtdeutscher Herkunft, wurde thematisiert. Hier ist noch viel zu tun.

Ab dem Jahr 2006 werden die Einbürgerungsurkunden in einem feierlichen Rahmen übergeben. So hat es die BVV beschlossen. Diese Feierstunden sollen den Menschen die Wichtigkeit dieses Ereignisses näher bringen. Dass sie dann allerdings zum Abschluss die deutsche Nationalhymne singen sollen, haben wir mit unseren Stimmen nicht verhindern können.

Auch haben wir uns mehrheitlich in der BVV gegen den Verkauf der ›Weißen Siedlung‹ am Dammweg ausgesprochen. Trotz Intervention bei unserer Fraktion im Abgeordnetenhaus, haben wir es nicht verhindern können. Wir hoffen, dass der jetzige Bestand an öffentlichen Wohnungen nicht mehr angetastet wird, da so zumindest ein gewisser Einfluss auf die Gestaltung der Mieten bleibt. Neukölln braucht auch weiterhin bezahlbare Wohnungen.

## 5 JAHRE HARTE ARBEIT



**MICHAEL ANKER**, Vorsitzender im Ausschuss: Verwaltung und Gleichstellung, Mitglied im Ausschuss für: Hochbau und Bebauungspläne, Tiefbau und Verkehr, Bildung – Schule – Kultur, Eingaben und Beschwerden

Die Zählgemeinschaft in Neukölln bringt die PDS mit in die ›Regierungsverantwortung‹ im Bezirk. Die Vorgaben für die Bezirksfinanzen von der Landesregierung sind nicht auskömmlich – es muss gespart werden.

Die Zählgemeinschaft beschließt bestimmte Handlungsfelder von den Einsparungen möglichst zu verschonen, dazu gehören Jugend und Bildung – Schule – Kultur.

### SCHULE, BILDUNG UND KULTUR

Die Umwandlung zu Ganztagschulen vieler Grundschulen im Bezirk und die Angliederung der Horte an die Grundschulen stellten uns vor viele Probleme.

- Wir schaffen es nicht eine Schule im Norden zu einer Gesamtschule umzuwandeln.
- Wir hoffen in den nächsten 5 Jahren aber nicht nur eine Schule umzuwandeln, sondern von Neukölln aus ein Zeichen für die Überwindung des jetzigen Schulsystems zu setzen.
- Die Schließung von Kultureinrichtungen im Bezirk kann vermieden werden.
- Die Sprachkurse der VHS können noch ausgebaut werden, auch die Musikschule lebt noch.

### HOCHBAU UND BEBAUUNG

Die vom Investor betriebene Erweiterung der Gropiuspassagen ist der größte Streitpunkt im Bereich Hochbau und Bebauungspläne. Die PDS lehnt die Erweiterung ab. Estrel Center an der Sonnenallee und Kindl Gelände an der Werbellinstraße werden uns noch eine Weile beschäftigen.

## **TIEFBAU UND VERKEHR**

Im Bereich Tiefbau und Verkehr ist die Situation durch die Einsparungen nicht leicht.

In vielen Straßen können die Schlaglöcher auf Fahrbahnen und Bürgersteigen nur notwendig gestopft werden. Doch es gibt auch positives aus diesem Bereich: Rund um den Richardplatz wird nach jahrelangem Kampf eine Verkehrsberuhigung eingerichtet. Eine Arbeitsgruppe erstellt einen Radwege-Masterplan für den Bezirk, von den in der BVV vertretenen Parteien beteiligen sich nur Grüne und Linke.PDS dauerhaft an der Arbeit.

## **VERWALTUNG UND GLEICHSTELLUNG**

Den Ausschuss für Verwaltung und Gleichstellung zu leiten und als einziger Vertreter der Linke.PDS sich politisch einzubringen war nicht einfach.

Neben der allgemeinen Verwaltung gehören die Bereiche Europa, Städtepartnerschaften, Behinderte, Migration, Frauen und Lokale Agenda und Quartiersmanagement zu den Arbeitsgebieten.

Größter Erfolg war unser Antrag mehr Quartiersmanagementgebiete in Neukölln einzurichten, auf unsere Initiative hin wurden im Bezirk 5 neue Gebiete geschaffen.

Der Ausschuss für Eingaben und Beschwerden tagt nicht öffentlich. Der Ausschuss konnte aber einigen Bürgern helfen.

## **BESCHLOSSENE ANTRÄGE (AUSWAHL)**

Einreicher: Dr. Sylvia Stelz

### **DRS.NR.    BETREFF**

- 149 / XVII Mehr Bürgernähe
- 242 / XVII Missbilligung wegen des Verhaltens der Stdtr. Vogelsang
- 582 / XVII Erstantragsstelle
- 690 / XVII Territoriale Verteilung von Hilfeeinrichtungen
- 765 / XVII Sozialticket
- 809 / XVII Konzept für Mieterschutz
- 810 / XVII Keine Zentralisierung der Kita-Verwaltung
- 811 / XVII Ehrengrab Werner Seelenbinder
- 851 / XVII Mehrausgaben Soziales
- 949 / XVII Wohnraum für Asylbewohner
- 1024 / XVII Quartiersmanagement in die Hände des Bezirkes
- 1080 / XVII Ehrenamt und ALG II
- 1130 / XVII Starterpaket für junge Eltern
- 1132 / XVII Kommunale Beschäftigung
- 1156 / XVII Konzept Sozialamt
- 1260 / XVII Angebot für junge Menschen verbessern
- 1292 / XVII Keine Zentralisierung der Bibliotheken
- 1398 / XVII Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung

## **BESCHLOSSENE ANTRÄGE (AUSWAHL)**

Einreicher: SPD/Grüne/Linke.PDS

Initiator: Dr. Sylvia Stelz

- 33 / XVII Einrichtung einer Bürgerfragestunde in der BVV
- 479 / XVII Bargeld für Asylbewerber
- 977 / XVII Jobcenter Neukölln
- 1021 / XVII Kampagne gegen Zwangsverheiratung
- 1218 / XVII Beteiligung an der Widerspruchsbearbeitung
- 1067 / XVII Hartz IV – Angebote auch für Nichtleistungsempfänger

## **BESCHLOSSENE ANTRÄGE (AUSWAHL)**

Einreicher: Michael Anker

- 180 / XVII Entgelt für Rutschennutzung
- 241 / XVII 48 Stunden Neukölln
- 407 / XVII Vermeidung illegalen Sperrmülls

852 / XVII Sozialmedizinischer Dienst  
908 / XVII Gesundheitstage in den Schulen Neuköllns  
1027 / XVII Neues Quartiersmanagement im Bezirk  
1261 / XVII Jugendverkehrsschulen  
1295 / XVII Vereinsheime  
1434 / XVII Einbahnstraße am Richardplatz  
1568 / XVII Pflichtuntersuchungen

### **BESCHLOSSENE ANTRÄGE (AUSWAHL)**

Einreicher: SPD/Grüne/Linke.PDS

Initiator: Michael Anker

160 / XVII Schließung des Flughafens Tempelhofs

### **EINGEREICHTE ANTRÄGE (AUSWAHL)**

Einreicher: Gülaysan Karaaslan

1025 / XVII Sportunterricht in der Hans-Fallada-Grundschule

1131 / XVII Babyschwimmen

1371 / XVII Erhalt Beratungsstelle Uthmannstraße

1399 / XVII Öffentliche Grillplätze

### **BESCHLOSSENE ANTRÄGE (AUSWAHL)**

Einreicher: Björn Sörensen

408 / XVII AIDS-Präventionsarbeit

481 / XVII Mülleimer in Neukölln

689 / XVII Kondomautomaten in Schulen und Jugendeinrichtungen

## **MITARBEITER DER FRAKTION – BÜRGERDEPUTIERTER KLAUS BORSTELMANN**



Klaus Borstelmann unterstützt die Fraktion auf vielfältige Art und Weise, z.B. durch Vorbereitung der Unterlagen für Ausschusssitzungen, die Organisation sowie der gesamten Verwaltung des Fraktionsbüros.

Als Bürgerdeputierter im Ausschuss für »Bürgerdienste und Wohnen« vertritt er, mit Sachverstand und Engagement, unsere Partei.

### **WO FINDEN SIE UNS**

**FRAKTIONSBURO:** Rathaus Neukölln, Raum A 307

**BÜROZEITEN:** Montag: 14 – 18 Uhr  
Dienstag: 10 – 14 Uhr  
Mittwoch: 14 – 18 Uhr

**TELEFON:** (030) 68 09 – 20 03

**TELEFAX:** (030) 68 09 – 34 82

**E-MAIL:** linke.pds@ba-nkn.verwalt-berlin.de

**HOME:** www.linke.pds-neukoelln.de

### **INFORMATIONSBROSCHÜRE**

**HERAUSGEBER:** **FRAKTION DER LINKSPARTEI IN DER BVV NEUKÖLLN**

Karl-Marx-Straße 83, 12040 Berlin

Telefon: (030) 68 09 – 20 03

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Gestaltung: Pressebüro Nitz | www.pressebueronitz.de

Druck: Druckerei Bunter Hund

[www.linksparitei-neukoelln.de](http://www.linksparitei-neukoelln.de)

# Neukölln. Berlin bewegt.

Wahlaussagen für die Wahl zur  
Bezirksverordnetenversammlung 2006

**DIE LINKE. PDS**

Wahlprogramm der Linkspartei.PDS Neukölln  
für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung  
im Bezirk Neukölln am 17.September 2006

## **Präambel**

Die Fraktion Linke.PDS in der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung hat fünf erfolgreiche Jahre gute Arbeit für und mit den Menschen in Neukölln geleistet.

Die bis 2001 in Berlin regierende große Koalition aus CDU und SPD hat die Stadt in den Haushaltsnotstand getrieben. Der neue Senat versuchte durch eine strikte Konsolidierungspolitik die Finanzen der Stadt zu ordnen. Dies führte auch zu massiven Einsparungen in unserem Bezirk. Diese Einsparungen haben derzeit die Schmerzgrenze erreicht. Weitere Kürzungen im Haushalt sind in unserem sozial stark belasteten Bezirk nicht mehr zu verantworten!

Seit 2001 ist die Linke.PDS in der BVV Neukölln mit einer Fraktion, von drei Verordneten, vertreten. Das Wahlergebnis, das zu einem Patt zwischen SPD und CDU geführt hat, ermöglichte eine Zählgemeinschaft aus SPD, den Grünen und der Linke.PDS die Wahl eines SPD Bürgermeisters. In einer Vereinbarung, die für die gesamte Wahlperiode abgeschlossen wurde, konnten wir unser Vorstellungen einbringen und umsetzen.

Erstmals wurde in unserem Bezirk eine Integrationspolitik betrieben, die diesen Namen auch verdient. Sie ist weiter zu führen und muss konzeptionell untersetzt werden. Trotz erheblicher Haushaltskürzungen war es möglich, in bestimmten Schwerpunktbereichen, wie Bildung, Jugend, Soziales und Kultur, größere Einschnitte zu vermeiden

### **Alternativen von links sind wichtig, weil:**

Unser Bezirk hat große soziale Probleme. Jeder dritte Einwohner Neuköllns ist auf staatliche Hilfe angewiesen. Harz IV hat zu einer weiteren Verarmung der Menschen geführt. Die Linke.PDS, eine dem sozialen Anspruch verpflichtete Partei, hat sich in der Parteienlandschaft Neuköllns etabliert und möchte ihren Einfluss, zum Nutzen der Bewohner

des Bezirkes, weiter erhöhen. Unser besonderes Augenmerk gilt den Kindern, Jugendlichen und den jungen Familien, gleich welcher nationalen Herkunft. Wir wollen die Chancengleichheit aller fördern und die bunte Vielfalt des Bezirkes als Chance begreifen. Dazu ist die soziokulturelle Infrastruktur Neuköllns zu stabilisieren und auszubauen. Weiteren Einschnitten werden wir nicht zustimmen.

**Die Linkspartei.PDS Neukölln setzt sich ein für:**

- eine fortschrittliche soziale Politik, im Interesse aller Menschen und besonders für sozial Benachteiligte;
- eine transparente Politik, die nicht stellvertretend handelt, sondern gemeinsam mit den Menschen nach zukunftsweisenden Lösungen sucht – nicht nur in der BVV, sondern auch im außerparlamentarischen Bereich;
- einen finanziellen Wertausgleich zwischen den Berliner Bezirken, der die schwierige soziale Situation in Neukölln berücksichtigt und hilft zu überwinden.

Deshalb am 17. September mit allen drei Stimmen Die Linke.PDS wählen!

## **Soziale Stadt und Integration**

Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken – diese Ziele verfolgt die Linkspartei.PDS mit dem Projekt Soziale Stadt. Auch in Zeiten knapper Kassen eine solidarische Stadtgesellschaft zu gestalten, ist eine Herausforderung, der wir uns stellen. Drei Leitlinien bestimmen dabei unsere inhaltliche und finanzielle Schwerpunktsetzung.

Wir wollen

1. Die soziale und gesundheitliche Infrastruktur sichern und weiterentwickeln.
2. Die zivilgesellschaftlichen Strukturen stärken und ausbauen. Durch neue demokratische Beteiligungsrechte sollen die Bürgerinnen und Bürger ihr Lebensumfeld aktiv gestalten können. Bürgerschaftliches Engagement verstehen wir nicht als Ersatz für staatliche Leistungen, sondern als Kern des sozialen Zusammenhalts.
3. Das Potenzial nutzen, dass in der Vielfalt der Menschen, in den unterschiedlichen Kulturen und Kompetenzen liegt. Wir verstehen Integration nicht als Notlagenpolitik, sondern als Chance, die Gesellschaft in einem Einwanderungsland aktiv zu gestalten.

### **Die Linkspartei.PDS Neukölln setzt sich ein für:**

- den Erhalt der sozialen Infrastruktur des Bezirks. Vorhandene Mittel wollen wir gezielt an sozialen Brennpunkten einsetzen. Die bestehenden Quartiersmanagementgebiete wollen wir deshalb erhalten und ausbauen. Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Ein Verkauf weiterer Wohnungen aus dem städtischen Wohnungsbestand ist mit uns nicht zu machen. Den öffentlichen Gesundheitsdienst wollen wir erhalten.

- die Stärkung der Demokratie. Vorhandene Beteiligungsrechte wie Bürgerbegehren und Bürgerentscheide, Einwohneranträge, Einwohnerversammlungen und Einwohnerfragestunden sollen weiter ausgebaut werden. Nach dem Vorbild des Bezirks Lichtenberg wollen wir in Neukölln einen Bürgerhaushalt einführen und die Bürgerinnen und Bürger an der Aufstellung des Bezirkshaushalts beteiligen. Jedem Versuch rechtsextremer Gruppen, in Neukölln Fuß zu fassen, werden wir entschieden entgegentreten.

- die Gleichberechtigung aller Menschen, gleich welcher kulturellen oder sozialen Herkunft. Neukölln braucht endlich ein echtes Integrationskonzept, das dann auch konsequent umgesetzt wird. Dazu gehört auch ein Stadtrat, der sich verstärkt mit dem Thema Migration befasst. Der Migrationsbeirat soll ein Antrags- und Rederecht in der BVV erhalten, damit die Betroffenen dort selbst zu Wort kommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass niemand, der in Neukölln leben will, abgeschoben

wird. Wir fordern einen barrierefreien Zugang zu allen öffentlichen Gebäuden im Bezirk, damit Menschen mit Behinderungen nicht ausgeschlossen werden. Wir treten ein für ein selbst bestimmtes Leben bis ins hohe Alter und für eine menschenwürdige Pflege.

- Umweltschutz und die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs. Der Flughafen Tempelhof muss sofort geschlossen werden. Die Verlängerung der Autobahn 100 in Richtung Treptow lehnen wir ebenso ab wie den Ausbau des Teltowkanals. Wir setzen uns ein für den Weiterbau der U-Bahn-Linie 7 über das Frauenviertel hinaus bis zum Flughafen Schönfeld. Das Radwegenetz im Bezirk soll erweitert werden.

# **Kinder – Jugend – Bildung – Kultur**

Für Die Linke.PDS in Neukölln sind und bleiben die Kinder und Jugendlichen die Zukunft des Bezirkes. Deswegen ist jede Investition in diesem Bereich von größter Wichtigkeit.

## **Die Linkspartei.PDS Neukölln setzt sich ein für: Kinder**

- Kitas sind Bildungseinrichtungen, deren Besuch für alle Kinder kostenfrei sein muss. Egal ob bei einem Freien Träger, oder im Eigenbetrieb. Kitas sind mit Personal und Sachmitteln so auszustatten, dass dieser Bildungsauftrag auch umgesetzt werden kann und sie nicht zu »Aufbewahrungsstätten« verkommen. Die Kinder sollen spielerisch und unter fachlich-kompetenter Anleitung auf das Leben vorbereitet werden. In unserem Bezirk hat die Sprachförderung der Kinder einen besonderen Stellenwert. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ab 3 Jahren eine Kita besuchen können und sollten.

## **Jugend**

- Jugendfreizeitstätten, ob staatlich oder durch Freie Träger betrieben – wir brauchen sie alle. Unserer Jugend eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen, ist in einem derart sozial belasteten Bezirk außerordentlich wichtig.

## **Bildung**

- Das gegliederte Schulsystem ist nicht zukunftsfähig. Daher fordern ein gemeinsames Lernen möglichst bis zur 10. Klasse, damit alle Schülern die gleiche Chance zu einem optimalen Start ins Leben gegeben werden kann.

- Vordringliche Aufgabe aktuell ist, die Klassenfrequenzen besonders im Norden Neuköllns, zu verringern.

- Desweiteren brauchen wir im Bezirk schnell junge Lehrer mit einer fundierten pädagogischen Ausbildung. Es ist wichtig, dass auch Lehrer mit Migrationshintergrund eingestellt werden. Das neue Schulfach Ethik ist an allen Schulen einzurichten und qualifiziert zu unterrichten.

- Eine Weiterführung des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms des Senates ist für Neukölln dringend erforderlich, da viele Schulen und Sporteinrichtungen saniert werden müssen.

- Das Schullandheim am Wannsee und die Jugendbildungsstätte Ella Kay in Kladow sollen auch weiterhin den Kindern und Jugendlichen für außerschulische Aktivitäten zur Verfügung stehen und nicht verkauft werden. Sie sind zur Erholung und für gemeinsame Erlebnisse unabdingbar.

- Neuköllns Musik- und Volkshochschule bieten ein vielfältiges und umfangreiches Programm. Diese Angebote sind gerade in unserem Bezirk sehr wichtig und sollten im vollen Umfang erhalten bleiben bzw. ausgebaut werden. Besonders die Sprachkurse für Migranten sind ein wichtiger Baustein im Rahmen der Integration. Der Besuch dieser Schulen sollte möglichst kostenfrei bzw. für ein geringes Entgelt möglich sein.

- Alle Bibliotheken in Neukölln werden gut besucht und haben sich in den Kiezen etabliert. Kinder und Jugendliche ans Lesen heranzuführen, Bücher erlebbar machen und Interesse an Unbekanntem und Neuem wecken, sind Grundvoraussetzungen für eine gute Allgemeinbildung und zur Förderung der Lernbereitschaft. Die Neuanschaffung von Medien, die derzeit auf dem untersten Niveau angekommen sind, ist dafür dringend notwendig. Eine Zentralisierung der Bibliotheken auf Landesebene lehnen wir strikt ab. Wir fordern die Anschaffung eines neuen Bibliotheksbusses.

### **Kultur**

- Die Vielfalt der im Bezirk vorhandenen Kultureinrichtungen muss erhalten bleiben. Kultur- und Kunstveranstaltungen, wie z. B. 48 Stunden Neukölln, sind ein fester Bestandteil des interkulturellen Miteinanders.

## **Arbeit und Wirtschaft**

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II hat nicht, wie uns versprochen wurde, ein einziges Problem des Arbeitsmarktes gelöst. Die Arbeitslosigkeit hat sich nicht verringert, im Gegenteil sie hat sich verfestigt.

Die meisten Betroffene leben unterhalb der Armutsgrenze. Das ist besonders schlimm für die Kinder, die so einen unfairen Start ins Leben haben.

Wir wollen nicht Armut per Gesetz. Wir fordern das Recht auf Arbeit ein! Dazu gehört sowohl die Vermittlung in Arbeit, die Qualifizierung und Weiterbildung aller Erwerbsfähigen, als auch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für die Jugend. Ohne eine gute Ausbildung ist die Zukunft für junge Menschen schon vorbei, bevor sie überhaupt begonnen hat.

Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine strikte Ausbildungsplatzabgabe ein, die den Firmen zu Gute kommt, die ausbilden und diejenigen zur Kasse bittet, die sich verweigern. So ist es auch möglich staatlich geförderte Ausbildungsprogramme zu finanzieren.

Da der Arbeitsmarkt stagniert und in nächster Zeit keine massenhaften Arbeitsplätze zu erwarten sind, hat die Linkspartei.PDS einen Vorschlag entwickelt, wie man Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren kann. Dazu ist es notwendig, alle Gelder, die heute für das ALG II ausgegeben werden, wie Regelsatz, Kosten für Unterkunft und Heizung, für Ein-Euro-Jobs und andere regionale Arbeitsfördermaßnahmen zu bündeln, um so versicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeit im öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) zu schaffen. Kulturelle Aufgaben, Tätigkeiten im Umweltschutz, Zuwendung und Assistenz für alte und kranke Menschen außerhalb der Pflege können so finanziert werden. Möglich sind auch Tätigkeiten in selbstverwalteten Projekten verschiedenster Bereiche.

### **Die Linkspartei.PDS Neukölln setzt sich ein für:**

- einen Mindestlohn von 8 Euro pro Stunde. Von Arbeit muss man leben können!
- eine existenzsichernde und solidarische Grundsicherung als Individualanspruch, die die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht. Hartz IV muss weg!
- eine Verbesserung der Qualität und Effektivität der Vermittlung im Jobcenter. Wir fordern für alle Betroffenen einen kundenfreundlichen Umgang und qualifizierte Eingliederungsbemühungen. Im Vordergrund muss das Fördern stehen und nicht die Erhebung eines Generalverdachtes. Die Verwendung der Finanzen des Jobcenters sowie die Träger von

ABM, MAE und so weiter müssen einem ständigen Controlling unterzogen werden.

- eine Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I und besondere Regelungen für ältere Erwerbslose sowie Schutz vor Altersarmut.

- den Erhalt und die Stabilisierung des Einzelhandels sowie Förderung von Neuansiedlungen. Keine weiteren großflächigen Einkaufszentren in Neukölln!

- die Stärkung der Arbeitsgemeinschaften der Neuköllner Hauptstraßen, um zum einen die Vielfalt des Bezirkes zu erhalten und zum anderen Arbeitsplätze sowie Ausbildungsplätze zu sichern.

- eine aktive Industriepolitik in Neukölln. Das heißt: Wir sprechen uns gegen weitere Betriebsschließungen aus. Ebenso setzen wir uns für ein qualifiziertes Standortmarketing ein, welches industrielle Neuansiedlungen in zukunftsfähigen Branchen fördert.

# Impressum

[www.linkspartei-berlin.de](http://www.linkspartei-berlin.de)

# **Modern denken und mutig handeln**

## **50 Punkte für ein Neukölln mit Zukunft**

### **Vereinbarung zur Bildung einer Zählergemeinschaft in der BVV Neukölln**

**zwischen**

**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Kreisverband Neukölln  
Bündnis 90/Die Grünen – Bezirksgruppe Neukölln  
Linkspartei.PDS – Bezirksverband Neukölln**

### **Präambel**

Die Zählergemeinschaft in der Neuköllner BVV, bestehend aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und Linkspartei.PDS, ist im Jahr 2001 angetreten, um einen Paradigmenwechsel in der Bezirkspolitik zu vollziehen. Mutige und ehrgeizige Vorhaben wurden entwickelt, auf den Weg gebracht und umgesetzt. Im Mittelpunkt der Bezirkspolitik der Zählergemeinschaft in den letzten 5 Jahren standen die gesellschaftlichen Realitäten in unserem Bezirk und die Ausrichtung auf praktische, für jeden Einzelnen erlebbare Maßnahmen, die der Segregation, den sozialen Verwerfungen entgegenwirken und die Integration aller Neuköllnerinnen und Neuköllner in unsere Gemeinschaft fördern.

Diese Politik wird von der Neuköllner Bevölkerung getragen. Die Zählergemeinschaft ist aus den Wahlen 2006 gestärkt hervorgegangen. Dem Votum der Wählerinnen und Wähler folgend, haben die Parteien der SPD, der Grünen und der Linkspartei beschlossen, die Zählergemeinschaft für die Wahlperiode 2006–2011 zu erneuern, um ihre erfolgreiche Politik fortzusetzen.

Die Zählergemeinschaft baut ihre Politik auf den realen Lebensbedingungen der Menschen in unserem Bezirk auf. Ziel ist es, ein lebendiges, modernes und buntes Neukölln zu schaffen, das soziale Missstände, Arbeitslosigkeit, neue Armut, Entmischung und Desintegration ebenso überwindet wie aufkeimenden Rassismus und Rechtsextremismus. Wir stehen für eine Politik, die jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit bietet, die eigenen Chancen zu entdecken und in einem pluralistischen, demokratischen, säkularen und friedlichen Gemeinwesen einen eigenen Platz zu finden.

Neukölln hat große Zukunftschancen. Die kulturelle Vielfalt des Integrationsbezirks birgt reiche Potenziale. Die Lage als Anrainer des Flughafens Berlin Brandenburg International eröffnet Chancen für den Arbeitsmarkt und den Tourismus. Wir wollen Neukölln so entwickeln, dass unser Bezirk für die Gäste unserer Stadt zum Tor nach Berlin wird, mit hoher Erlebnis- und Aufenthaltsqualität. Das kann nur gelingen, wenn wir die infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen und die heranwachsenden Generationen so auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten, dass sie von

öffentlichen Transferleistungen unabhängig sind und ein existenzsicherndes Einkommen selbst erarbeiten können. Im Mittelpunkt unserer Politik wird die Bildungs- und Jugendpolitik sowie die städtebauliche Erneuerung des Neuköllner Nordens stehen.

## Artikel I

Die Parteien stimmen in dem Ziel überein, die erfolgreiche Zusammenarbeit fortzusetzen und weiterhin stabile Mehrheiten für eine am Menschen orientierte Reformpolitik in Neukölln zu sichern.

Die Fortsetzung der Zusammenarbeit gründet sich auf ein auch an schwierigen Auseinandersetzungen und Entscheidungen erprobtes Vertrauensverhältnis. Dialog-, Kompromiss- und Konsultationsbereitschaft bleiben dafür die unabdingbare Voraussetzung. Die Bildung einer Zählgemeinschaft beinhaltet nicht die Aufgabe eigener Positionen und Grundüberzeugungen, aber sie verpflichtet alle Beteiligten, auf die Verwirklichung der vereinbarten Ziele und Vorhaben hinzuwirken.

## Artikel II

Die Parteien vereinbaren, folgende Ziele und Vorhaben der Bezirkspolitik in den Gremien der BVV und durch die von der Zählgemeinschaft getragenen Mitglieder des Bezirksamts zu verwirklichen:

### **Stadtpolitik für Neukölln**

1. Neukölln entwickelt das historische Stadtzentrum im Dialog mit den Einwohnern durch eine radikale stadtplanerische Neukonzeption. Unser Ziel ist es, ein klares Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Bezirks zu geben und die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Neuköllner Innenstadt wesentlich zu erhöhen. Eckpfeiler der Stadterneuerung sind
  - a. die Umgestaltung des Hermannplatzes. Dabei wird das Ziel, den Hermannplatz an das Straßenbahnnetz anzuschließen, weiterhin durch den Bezirk unterstützt.
  - b. die Umgestaltung der Karl-Marx-Straße zu einem vitalen Stadtzentrum (durch städtebauliche Neukonzeption und Schließung für den Autoverkehr),
  - c. der geschützte Stadtraum Böhmisches Dorf inklusive Karl-Marx-Platz. Um dem Denkmalcharakter und den Potenzialen des Quartiers (künstlerisches Gewerbe, Gastronomie usw.) gerecht zu werden und sie in den Mittelpunkt zu stellen, wird das Böhmisches Dorf städtebaulich umgestaltet und für den Autoverkehr geschlossen.
  - d. die attraktive, auf die Einzigartigkeit des Standorts abgestellte Entwicklung des ehemaligen Kindl-Geländes in der Werbellinstraße (unter Ausschluss von gängigen Konzepten wie Bürostandorten und der Ansiedlung von Einzelhandelsketten).
2. Neukölln unterstützt weiterhin die schnellstmögliche Schließung des Flughafens Tempelhof. Zur Erarbeitung eines tragfähigen Nachnutzungskonzeptes soll eine bezirksübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Eckpfeiler eines Nachnutzungskonzeptes sind
  - a. der weitgehende Erhalt der Freiflächen. Gerade in Nord-Neukölln sollen neue Bewegungs- und Freizeiträume geschaffen werden.
  - b. politische und planungsrechtliche Initiativen zur Errichtung der

Schillerkiezvorstadt. Im Westen des Stadtquartiers Schillerpromenade sollen auf dem Randgelände des bisherigen Flughafens Tempelhof zur Stabilisierung der Sozialstruktur familienfreundliche, bezahlbare und nach ökologischen Kriterien gebaute Stadthäuser mit Garten entstehen.

- c. der Erhalt der Funktion des Flughafengeländes als Frischluftschneise. Das gilt auch für die Kirchhöfe an der Hermannstraße.
3. Die Neuköllner Quartiersmanagement-Gebiete sollen im Rahmen des Programms Soziale Stadt erhalten und ausgebaut werden.
4. Der Bezirk lehnt jede weitere großflächige Privatisierung öffentlicher Wohnungsbestände in Neukölln ab.
5. Der Bezirk wendet sich gegen Beschränkungen des Neuköllner Wohnungsmarktes, wie sie durch die Abschaffung der Gebietsfreistellung eingetreten sind. Im Interesse einer gesunden Sozialstruktur müssen alle Einkommensschichten freien Zugang zu Wohnraum in Neukölln haben.
6. Vorhandene Kleingartenflächen werden bis auf dringende Maßnahmen der sozialen Infrastruktur abgesichert. Zusätzlich wird der Bezirk als Serviceangebot für Kleingartenanlagen kostenneutral für den Bezirk Planungsrecht schaffen.

### **Verkehrspolitik**

7. Der Bezirk unterstützt die Weiterführung der U-Bahnlinie 7 unter Einbeziehung des Frauenviertels bis zum Flughafen BBI.
8. Der Bezirk wird den Radwege-Masterplan weiter umsetzen. Zur Förderung des Radverkehrs werden außerdem 50 km Radwege saniert und an stark frequentierten Orten und in Wohngebieten Fahrradabstellanlagen eingerichtet. Bei jeder Straßenbaumaßnahme müssen die Bedürfnisse von Radfahrern und Menschen mit Behinderung (u.a. durch Absenkung der Bordsteinkanten und blindengerechte Kanten) berücksichtigt werden.
9. Der Bezirk wird eine Studie über die Verkehrsbelastung der Johannisthaler Chaussee zwischen Rudower Straße und Autobahnzubringer anfertigen lassen, um eine Entscheidungsgrundlage für verkehrspolitische Maßnahmen zu gewinnen.
10. Einzelfallbezogen werden in Wohngebieten weitere Temporeduzierungen vorgenommen.
11. Neukölln wird sich dem Netzwerk Vision Zero anschließen und durch konkrete Maßnahmen die Zahl der Verkehrstopfer reduzieren.
12. Der Ausbau des Teltowkanals (Projekt 17) wird abgelehnt. Die Grünstreifen beiderseits des Teltowkanals sind zu erhalten.

### **Wirtschaftspolitik**

13. Der Bezirk betreibt Bestandspflege und initiiert EU-Projekte zur

Bestandssicherung der Neuköllner Wirtschaft.

14. Der Bezirk lehnt die weitere Ansiedlung großflächigen Einzelhandels grundsätzlich ab. Entsprechende Anträge werden kritisch und restriktiv behandelt.
15. Der Bezirk unterstützt den Kongress-Standort Estrel.
16. Der Bezirk fördert und unterstützt die Schaffung von Ausbildungsverbänden.
17. Die bezirklichen Liegenschaften werden durch das Bezirksamt zentral bewirtschaftet. Im Rahmen dieser zentralen Bewirtschaftung sollen Energiesparpartnerschaften abgeschlossen werden.
18. Wenn in Berlin ein öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) eingeführt wird, schafft der Bezirk zügig die Voraussetzungen für die Umsetzung in Neukölln.
19. Der Bezirk fördert und unterstützt Bürgersolaranlagen.

### **Jugend, Bildung, Sport und Kultur**

20. Im Neuköllner Norden werden weitere neue Jugendeinrichtungen aufgebaut, um wirksam gegen Unterversorgung vorzugehen. Dazu gehört auch die Schaffung von Jugendstadtteilläden und die Stärkung von Streetwork.
21. Für den Süden Neuköllns hält die Zählgemeinschaft die Einrichtung einer drittmittelfinanzierte Jugendstiftung für wünschenswert.
22. Der Bezirk erarbeitet und implementiert ein Konzept zur Sicherung von Qualitätsstandards im Kita-Eigenbetrieb.
23. Die Schul- und Sportstättenanierung aus Landesmitteln wird fortgesetzt.
24. Das bezirkliche Sportförderprogramm wird fortgesetzt.
25. Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen wird weiter vorangetrieben. Dazu gehört auch der Erhalt und die Stärkung der Schulstationen und die Einrichtung von 40 weiteren Klassenzimmern in Neukölln.
26. Die EDV-Ausstattung der Neuköllner Schulen wird durch die Anschaffung von 1000 Computern weiter verbessert.
27. Der Bezirk unterstützt Schulen bei der Bewerbung für das Pilotprojekt Weiterführende Schule (1.-10., eventuell bis 12. Klasse).
28. Bei der Musikschule wird die Wiederentstehung von Wartelisten verhindert.
29. Die anspruchsvolle Kulturarbeit und das vorbildliche Kulturnetzwerk in Neukölln werden auf dem bestehenden Förderniveau gehalten.
30. Auf dem Britzer Gutshof wird ein Kulturzentrum Britz eingerichtet.

31. Die Förderung der Freien Träger Jugend und Kultur wird auf der Basis der letzten Jahre fortgesetzt. Dabei sollen durch ein Evaluierungsverfahren auch für neue Träger Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Bei einer Übertragung bezirklicher Einrichtungen an freien Träger dürfen diese nur dann für Freie Träger vorgesehene Haushaltsmittel erhalten, wenn die Mittel für die Freien Träger entsprechend aufgestockt werden.

### **Migrations- und Integrationspolitik**

32. Die Neuköllner Verwaltung formuliert und implementiert ein Interkulturelles Leitbild. Eckpfeiler der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sind die Fortentwicklung des Leitbildprozesses, Mitarbeiterschulungen und die Institutionalisierung der Vorbereitungskurse für Migrantinnen und Migranten für die Verwaltungsausbildung.
33. Der Bezirk stärkt die politische Bedeutung des Migrationsbeirates.
34. Die Beschlüsse des Migrationsbeirates werden durch die Zählgemeinschaft als Antrag in die BVV eingebracht.
35. Der Bezirk betreibt offensiv Einbürgerungspolitik mit dem Ziel, die Zahl der Einbürgerungen weiter zu erhöhen.
36. Der Bezirk sichert als zentrale Integrationsmaßnahme den Betrieb der Sprachschulen.
37. Das Projekt Stadtteilmütter wird fortgesetzt.
38. Der Bezirk fördert die arabische Bibliothek.

### **Verwaltung und Bürgerbeteiligung**

39. Die Zählgemeinschaft verfolgt weiter das Ziel, die Transparenz der Verwaltung zu erhöhen. Zu diesem Zweck soll die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern verbindliche Servicezusagen machen. Der Servicecharakter der besucherintensiven Abteilungen soll gestärkt werden.
40. Nach Auswertung des Bürgerhaushaltsprojekts in Lichtenberg sollen Modelle zur Beteiligung der Bürger an Haushaltsentscheidungen geprüft werden.
41. Die Bürgerfragestunde bleibt erhalten.
42. Der Bezirk führt eine Anwohnerbefragung über die Umbenennung der Wissmannstraße durch.
43. Der Bezirk erleichtert von Bürgern getragene Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung.

### **Soziales, Arbeit und Gesundheit**

44. Die Förderung der Freien Träger Soziales wird auf der Basis der letzten Jahre

- fortgesetzt. Dabei sollen durch ein Evaluierungsverfahren auch für neue Träger Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Bei einer Übertragung bezirklicher Einrichtungen an freie Träger dürfen diese nur dann für Freie Träger vorgesehene Haushaltsmittel erhalten, wenn die Mittel für die Freien Träger entsprechend aufgestockt werden.
45. Die Beratung für Obdachlose und die Schuldnerberatung sollen ausgebaut und die Kältehilfe erhalten werden.
  46. Die Zählergemeinschaft wird alle Initiativen unterstützen, die auf einen Erhalt der Hörberatungsstelle in Neukölln gerichtet sind.
  47. Im Gesundheitsbereich soll die Prävention gestärkt werden.
  48. Im Publikumsverkehr des Sozialamts werden Servicecharakter und Kundenfreundlichkeit erhöht.
  49. Die Zählergemeinschaft wird ihre Einflussmöglichkeiten auf das Jobcenter so nutzen, dass der Kundenservice durch verkürzte Wartezeiten und verbesserte Verfahrensabläufe optimiert wird.

#### **Bezirkshaushalt**

50. Die Zählergemeinschaft fühlt sich verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

### Artikel III

Die SPD-Fraktion tritt von den auf sie entfallenden Mandaten bei den Bürgerdeputierten sowie den Stellvertretern an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vier Bürgerdeputierte und Vertreter und an die Fraktion Linkspartei.PDS vier Bürgerdeputierte und Stellvertreter ab.

### Artikel IV

Um eine reibungslose kontinuierliche Zusammenarbeit sowie einen einheitlichen Informationsstand sicher zu stellen, werden die Sitzungen des Bezirksamts von den von der Zählgemeinschaft getragenen Bezirksamtsmitgliedern gemeinsam vorbereitet. Darüber hinaus wird ein monatlicher Gesprächstermin zwischen dem Bezirksbürgermeister und dem/r Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS vereinbart.

Die Zählgemeinschaft strebt an, wechselnde Mehrheiten auch zu Themenstellungen zu verhindern, die nicht von dieser Vereinbarung erfasst sind. Sollte sich ein inhaltlicher Konflikt innerhalb der Zählgemeinschaft anbahnen oder die Möglichkeit konkret nicht auszuschließen sein, verpflichten sich die Fraktionen im Vorfeld eine einvernehmliche Linie zu finden. Zur Vorbereitung jeder Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung informieren die Fraktionsvorsitzenden einander zumindest telefonisch über die Beschlusslagen ihrer Fraktionen. Bei unterschiedlichen Ansätzen wird versucht eine Kompromissformel zu finden.

Die Zählgemeinschaft strebt an, mit den Fraktionen der CDU, der Grauen und der FDP ein einheitliches Verfahren zum Umgang mit den fraktionslosen rechtsextremistischen Bezirksverordneten zu vereinbaren.

### Artikel V

Die Fraktionen bilden für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Heinz Buschkowsky zum Bezirksbürgermeister eine Zählgemeinschaft gemäß § 35 Abs. 2 Bezirksverwaltungsgesetz.

Die Fraktionen verpflichten sich, die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen für das Bezirksamt bei der Wahl durch positive Stimmabgabe zu unterstützen.

Die von der Zählgemeinschaft entwickelten Vorstellungen zur Ressortverteilung im künftigen Bezirksamt werden von den Fraktionen zustimmend zur Kenntnis genommen, wobei Bündnis 90/ Die Grünen der Zugriff auf das Jugendressort eingeräumt wird.

Berlin–Neukölln, den (Datum)

Dr. Fritz Felgentreu  
für die SPD Neukölln

Jürgen Koglin  
für die SPD Fraktion der BVV Neukölln

Heinz Wagner  
für Bündnis 90/Die Grünen

Gabriele Vonnekold  
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der BVV Neukölln

Heinz Schugowski  
für die Linkspartei.PDS Neukölln

Dr. Sylvia Stelz  
für die Fraktion Linkspartei.PDS der BVV Neukölln